Einzelpreis 30 Pfg. · 3. Jahrgang · Sonnabend, 20. November 1920 · Nummer 490 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Abholbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4693, 4635, 4649, 4921

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Sterben der Säuglinge

Böswillige Hetze

Die Wogen der Erregung, die der Elektrizitätsstreik hervorgerufen, beginnen sich langsam zu verlaufen, und dieser Prozeß würde sich noch schneller vollziehen, wenn nicht gewisse Leute ein Interesse daran hätten, immer wieder von neuem zu schüren und zu hetzen.

Unter denen, die immer und immer noch einmal ihrem gepreßten Herzen Luft machen müssen, stehen die Berliner „Demokraten" in vorderster Reihe.

In einer Versammlung der Deutschdemokraten sprach Stadtrat Löhning über den bekannten Streik und seine Lehre vom Standpunkt der Demokratie. Die Versammlung nahm darauf eine Entschließung an, in der es heißt, daß der Streik „die öffentlichen Krankenanstalten und Siechenhäuser usw. aufs allerschwerste gefährdet und den Tod zahlreicher Säuglinge beschleunigt habe".

Noch weiter ging Frau Stadtrat Dr. Levy-Rathenau. — Sprach die Resolution nur davon, daß das Fehlen von elektrischem Strom den Tod zahlreicher Säuglinge beschleunigt habe, so entwarf sie von der „Zunahme der Säuglingssterblichkeit infolge des Ausstandes (nach einem Bericht des „B. T.") ein „erschütterndes Bild". — Frau Dr. Levy-Rathenau fühlte sich wahrscheinlich berufen, den „Bürgern" Berlins auch in dieser Versammlung zu zeigen, welch schwerer Verlust der Einheitsgemeinde Berlin durch das Ausscheiden eines Mitgliedes aus dem Magistrat erwachsen muß, das sich so der armen hingemordeten Säuglinge annimmt. In Wirklichkeit aber hat sich diese Frau Stadtrat a. D. zur Trägerin und Verbreiterin nachweislich nicht wahrer Tatsachen gemacht, wenn wir uns ganz milde ausdrücken wollen. Denn jene Behauptungen entspringen der Unwahrheit, der böswilligen Erfindung und der unsauberen Hetze. Wenn sonst nichts mehr zieht, dann appelliert man, wie wir aus Erfahrung wissen, an die Rührseligkeit und das gute Herz der urteilslosen Menge, dann sucht man Mitleid und Grauen zu erregen mit dem Schauerbild der verschmachtenden Säuglinge und verkommenden Kranken. Wie gedankenlos dabei vorgegangen wurde, erkennt man daraus, daß kaum 24 Stunden nach dem Beginn des Streiks schon „Legionen umgekommener Säuglinge auf der Strecke lagen". Woher Frau Dr. Levy-Rathenau diese Kunde gekommen, verschweigt sie wohlweislich. Denn diese Säuglinge sind alle nur auf dem Papier gestorben. Aber Frau Dr. Levy-Rathenau und ihre Parteigenossen brauchen Kinderleichen, um auf diesem dunklen Hintergrund die eigene Tugend um so leuchtender erstrahlen zu lassen.

In Wirklichkeit ist natürlich alles Lug und Trug. Nach dieser Schablone wird von der Bourgeoisie bei jedem Streik gearbeitet; die Berichte der bürgerlichen Blätter zeigen bei solchen Anlässen etwas geradezu Klischeehaftes. Wir aber fordern Beweise und Tatsachenmaterial. Nach Mitteilung bürgerlicher Blätter (Morgenpost!!) sollen z. B. im Krankenhaus zu Weißensee während des Streikes die Säuglinge täglich unter den Händen der Pflegerinnen gestorben sein. Den Beweis für diese Behauptung ist man uns bis jetzt schuldig geblieben. Wir warten darauf. Sonst müßten wir ohne weiteres annehmen, daß es sich auch in diesem Falle um eines jener Agitationsmanöver handelt, ohne die die bürgerlichen Parteien nun einmal nicht auskommen. Im übrigen dürfte es auch dem einfachsten Verstande unbegreiflich erscheinen, warum Säuglinge gerade aus Mangel an elektrischem Licht zugrundegehen müssen. Und selbstverständlich Erwachsene ebensowenig.

Solche Verhetzungen schrecken uns deshalb nicht mehr, trotzdem wir sicher sind, daß bei der nächsten Gelegenheit ähnliche Lügen wieder auftauchen werden.

Wie immer, mußten wir auch dieses Mal wieder hören, daß infolge des Streiks die Krankenhäuser in die schrecklichste Lage gekommen seien. Man habe lebenswichtige Operationen nicht ausführen können, man habe sich vor die Notwendigkeit gestellt gesehen, Patienten aus den Krankenhäusern zu entlassen usw. Der Kundige lächelt über diese offenkundigen Lügen. Oder glaubt irgend jemand im Ernste daran, daß während jener Tage in den zahlreichen vornehmen Privatkliniken und Sanatorien des Westens irgend ein im Punkte der Zahlungsfähigkeit erstklassiger Patient abgewiesen ist aus Mangel an elektrischem Licht? Oder daß auch nur einer von den Insassen jener Anstalten dem Schrecken vorzeitiger Exmission oder verhinderter Operation ausgesetzt gewesen wäre?

Das Innsbrucker Landesschießen

Escherich wird warm empfangen

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit".)

München, 19. November.

Der Sonderberichterstatter des Münchner „Kampf" meldet aus Innsbruck zum Tiroler Landesschießen:

Die Wiener Staatsregierung wünscht selbst, daß das Landesschießen unterbleibt und ordnet eine Verstärkung des Grenzschutzes an der bayrischen Grenze an, um ein Eindringen der bayrischen Orgeschleute zu verhindern. In Mittenwald sind bereits 16 Automobile mit schwer bewaffneten bayrischen Orgeschleuten angekommen, die aber nicht nach Tirol können, da der verstärkte Grenzschutz bereits in Tätigkeit getreten ist und die Eisenbahnen, wie auf Kommando von der geschlossenen sozialistischen Arbeiterschaft stillgelegt wurden. Die Bewaffnung der Arbeiterschaft ist heute abend beendet worden, alle militärischen Vorbereitungen von der Staatswehr und der mit ihr verbundenen Arbeiterwehr sind getroffen. Die bewaffneten Arbeiter sind nach der Grenze abgegangen im Auftrag der Wiener Staatsregierung. Wachen sind gestellt und die Straßen nach Innsbruck sind von Wehrleuten besetzt. Ueberall merkt man die Entschlossenheit der bewaffneten Arbeiter und der Staatswehr.

Die bürgerliche Presse wollte Schmutzkanonaden auf die republikanischen Wehren loslassen. Aber die Buchdrucker übten ihre Solidarität wie die Tiroler Gesamtarbeiterschaft. Sie lehnten es ab, Artikel zu drucken, die sich gegen diejenigen wenden, die die Souveränität der deutsch-österreichischen Republik gegen den Einbruch der bayrischen Orgesch und die republikanische Staatsform gegen den Anschlag der Tiroler Hartho-Reaktion von innen und außen zu schützen bereit sind. Davon, daß eine Gehorsamsverweigerung erfolgt sei, kann keine Rede sein. Ein Teil der Offiziere hält zur Arbeiterschaft. Soldatenräte und Volkswehr befinden sich im besten Einvernehmen. Das Landesschießen hat noch nicht begonnen, weil sich bis jetzt noch niemand eingefunden hat. Es ist ganz offenbar, daß selbst die Tiroler Bauern zum großen Teil das Treiben der Orgesch von innen und außen ganz entschieden ablehnen.

Die Reaktionäre versuchen, die christlichen und national-sozialistischen Grüppchen gegen die Arbeiterschaft auszuspielen, was ihnen aber wegen der Bedeutungslosigkeit dieser reaktionären Gründungen nicht gelingt. Die Vertreter der einigen Arbeiterschaft verlangen die Absage des Landesschießen und die Auflösung der Heimatwehren, die lediglich ein Instrument der Orgesch gegen die von der verfassungsmäßigen Regierung eingesetzten militärischen Machtmittel des Staates sind. Zusammenstöße haben bis jetzt noch nicht stattgefunden.

*

Nach neueren Meldungen soll das Landesschießen in Innsbruck gestern früh doch begonnen haben. Der Streik der Eisenbahner hat jeden Verkehr auf den Bahnhöfen unterbunden. Die Wiener Regierung hat der Tiroler Landesregierung den Rat gegeben, das Landesschießen möglichst bald zu beenden und den Uebertritt von Bewaffneten aus Bayern nach Tirol zu verhindern. Der Bahnverkehr von Innsbruck aus ist eingestellt.

Die Landesleitung der bayerischen Einwohnerwehren hat folgende Richtlinien herausgeben: Der Eisenbahnerstreik ist ein Hindernis, auf friedlichem Wege nach Innsbruck zu gelangen. Jeder Versuch, trotzdem an dem Feste teilzunehmen, setzt Zwangsmaßnahmen voraus. Es würde nicht im Interesse der bayerischen Einwohnerwehr sein, in dem Augenblick, wo um ihr Sein oder Nichtsein von der bayerischen Regierung gekämpft wird, sich in außerbayerische Händel zu verwickeln. Infolgedessen wird sich die bayerische Einwohnerwehr an dem Schießen solange nicht beteiligen, als nicht durch Beilegung des Eisenbahnerstreiks, oder durch sonstige Wiederherstellung des Eisenbahnverkehrs eine friedliche Teilnahme an dem Schießen erfolgen kann.

Die bayerische Reaktion

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit".)

München, 19. November.

Im bayerischen Landtag haben die Unabhängigen heute dem Landtag die Frage vorgelegt, ob er die einseitige parteipolitische Haltung des Präsidenten billigt. Der Präsident hatte unsere Genossen daran verhindert, die Wahrheit über die Waffenschiebungen, die mit Billigung und Förderung von Regierungsstellen geschah, in der Oeffentlichkeit zu brandmarken. Ein Zuruf: Denunziation! wurde vom Präsidenten nicht gerügt. Unsere Genossen sahen in dieser Einschränkung der Redefreiheit im Landtag, die der Präsident wiederholt im Interesse der „nationalen Würde" für notwendig erachtete, eine Beschneidung des primärsten Rechts der Volksvertretung. Nachdem der Landtag dem Präsidenten das Vertrauen ausgesprochen hatte, traten unsere Genossen aus dem Präsidium des Landtages aus. Sie hatten den Posten des zweiten Vizepräsidenten inne.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" verlangen, daß die U.S.P. im Landtage soweit ausgeschaltet wird, daß sie der Arbeit des Landtages nicht mehr schaden kann.

Nach dem Bergarbeiterstreik

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

K. London, Anfang November.

Der Ausgleich zwischen Regierung und Gewerkschaft über die Beilegung des Streiks wurde von den Bergarbeitern sehr geteilt aufgenommen. Die Urabstimmung ergab so ziemlich eine gleiche Stimmenzahl für und wider, ja sogar eine Mehrheit von wenigen Tausenden gegen die Vereinbarung. Aber da zur Weiterführung des Streiks eine Zweidrittel-Mehrheit nötig wäre, hat die Delegiertenkonferenz den Ausstand für beendet erklärt. Es ist jedoch zu begrüßen, daß die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Gewerkschaft zu keinen ernstlichen Konflikten geführt haben, etwa zu Sonderaktionen der Bergarbeiter in Süd-Wales und Lancashire, wo der Widerstand gegen die Regelung am stärksten war. Die Einheit der Bergarbeiterföderation, dieses machtvollen Organs des proletarischen Kampfes in England, ist wichtiger als die Frage, was die Vereinbarung wert ist.

Die Verständigung ist natürlich ein Kompromiß, man könnte sagen, ein typisch englisches Kompromiß. Die Abmachung sieht drei Abschnitte vor. Im ersten, bis Ende dieses Jahres, bekommen die Bergarbeiter die Lohnzulage von 2 sh pro Tag, für die sie in den Streik gingen. Das ist ein Erfolg der Arbeiter.

Dann kommt ein Abschnitt von höchstens drei Monaten, bis Ende März 1921, in dem der Lohn provisorisch nach den Einnahmen aus der Exportkohle geregelt wird. Als Exportkohle wird die über den heimischen Kohlenbedarf von 219 Millionen Tonnen hinaus geförderte Menge berechnet. Der Gewinn ist mit dem festen Preis von 72 sh pro Tonne angenommen. Somit hängen die Einnahmen aus der Kohlenausfuhr davon ab, wieviel Kohle die Bergarbeiter über 219 Millionen Tonnen hinaus erzeugen. Die gleitende Lohnskala ist somit eine unverhüllte Entlohnung nach Leistung. Für den zweiten Zeitabschnitt haben die Bergarbeiter also das Prinzip akzeptiert, das sie unmittelbar vor dem Streik so entschieden abgelehnt hatten. Dies ist gewiß ein Erfolg der Regierung.

Um den Zuschlag von 2 sh dauernd zu erhalten, müssen die Bergarbeiter im Jahre acht Millionen Tonnen mehr fördern, als die Leistung im letzten Vierteljahre betrug. Mit anderen Worten, sie müssen die Förderung auf 246 Millionen Tonnen bringen. Steigt oder sinkt die Jahresförderung um 4 Millionen Tonnen, so steigt oder sinkt der Tagelohn entsprechend um einen halben Schilling. Bleibt es also bei der Leistung vom September, dann bKehalten die Bergarbeiter eine nLohnzuschlag von nur 1 sh und verlieren den zweiten. Sie würden den ganzen Zuschlag einbüßen, wenn die Förderung unter den Jahresdurchschnitt des letzten Quartals sinkt.

Die Bergarbeiter haben diese provisorische Regelung zunächst akzeptiert, weil sie eben provisorisch ist, nur für einige Monate. Spätestens bis zum 31. März muß ein gemeinsamer Rat aus Bergarbeitern und Grubenbesitzern ein dauerndes Entlohnungssystem ausarbeiten. Die Bergarbeiterführer hoffen darum, daß die zweite Periode sehr kurz sein wird. Ferner werden nach der Vereinbarung Produktionsausschüsse aus Vertretern der Arbeiterschaft und der Grubenbesitzer eingesetzt zwecks Steigerung der Produktion. Damit hat die Regierung zugegeben, daß die Grubenbesitzer für das Sinken der Produktion zumindest ebenso verantwortlich sind wie die Arbeiter, und die Bergarbeiter bekommen auf diesem Wege einen gewissen Einfluß auf die Organisation der Bergwerke. Schließlich fallen und steigen mit dem Lohnzuschlag auch die Mehrgewinne der Kohlenbarone, die sie aus der exportierten Kohle ziehen (über den garantierten Gewinn hinaus). Das sind alles in allem einige Gegenkonzessionen der Regierung.

Was das nationale Lohnamt, wie das erwähnte gemeinsame Organ zur Ausarbeitung der Grundsätze einer dauernden Lohnregelung genannt wird, zustande bringen wird, ist noch nicht vorauszusehen. Es ist jedoch anzunehmen, daß es gleichfalls zu einem Kompromiß gelangen wird. Der Lohn wird sich nach den Lebensmittelpreisen richten, aber auch, wie in der Vereinbarung vorgesehen, nach den Ausfuhrgewinnen, mit anderen Worten nach der Produktionshöhe. Natürlich wird das Amt auch feststellen müssen, welches Maß von Kontrolle über die Produktion der Arbeiterschaft zukommt.

So hat das geschlossene Kompromiß seine guten und schlechten Seiten. Der Erfolg der Bergarbeiter in einigen Punkten ist nicht zu leugnen. Der Lohnzuschlag von 2 sh ist bis Ende des Jahres durchgesetzt. Dabei wird diese Lohnerhöhung den Kohlenpreis im Inlande nicht steigern. Die Bergarbeiter haben zwar die ursprünglich erstrebte Herabsetzung des Preises der Hauskohle nicht erreicht, aber immerhin soviel, daß der englische Konsument verschont bleibt und nicht fortwährend durch Preistreibereien gegen die „begehrlichen" Bergarbeiter aufgehetzt wird. Die Grubenbesitzer sind nunmehr für den Stand der Produktion mitverantwortlich und durch die Regelung ihrer Mehrgewinne an der Erhöhung der Förderung interessiert. Zu

gleich bilden die Produktionsausschüsse den Beginn der Arbeiterkontrolle in den Bergwerken. Besonders wichtig ist jedoch, daß die Kohlenindustrie als Einheit unter der Reichskontrolle verbleibt. Die Regelung der Löhne und der Gewinne bleibt eine Angelegenheit des Staates, also der Gemeinschaft. Damit wird der Boden geschaffen für das nationale Eigentum an den Bergwerken und für ihre gemeinsame Kontrolle durch Staat und Arbeiterschaft.

Die Nachteile der Vereinbarung liegen klar zutage. Es sind dies die Bedingungen für den zweiten Zeitabschnitt. Noch schlimmer ist es, daß das gefährliche Prinzip der Regelung der Löhne nach der Produktion auch für die Zukunft anerkannt wurde, ohne gleichzeitige und gleichwertige Garantien für die Arbeiterkontrolle. Aber die Bergarbeiterführer scheinen der Ansicht zu sein, daß die Vorzüge überwiegen. So haben Smillie und Hodges die Annahme der Vereinbarung den Bergarbeitern sehr eindringlich ans Herz gelegt.

Schließlich ist ja der erreichte Friede nur ein Waffenstillstand. Regierung und Kapitalisten wissen sehr wohl, daß keinerlei Vereinbarung Bestand haben kann, wenn man ernstlich versuchen wollte, den Bergarbeitern auch nur 6 d von ihrem Lohne abzuziehen, während die Teuerung zugleich wächst. Damit könnte man manches erreichen, nur keine Kohle, keine Produktionssteigerung und keine Ruhe in der englischen Arbeiterschaft. Schon die ersten Januarwochen werden zeigen, ob die Kampfpause von Dauer ist.

Moral und Geschäft

Die Kapitalverschiebung ins Ausland

In der reaktionären Presse werden noch immer die Mitteilungen des „Vorwärts" über die Kapitalverschiebungen nach dem Auslande entweder mit verlegenem Schweigen aufgenommen oder man behauptet, wie die „Deutsche Zeitung", es sei ein Schwindel, daß irgend ein Mitglied des früheren preußischen Königshauses irgendwelche Beziehungen zu der Firma Grußer unterhalten habe. Die „Tägliche Rundschau" benutzt unsere Ausführungen in der gestrigen Morgenausgabe dazu, um die frühere Koalitionsregierung als die allein Schuldige hinzustellen und dadurch den Anschein zu erwecken, als ob die Reaktionäre aller Schattierungen von diesen Dingen nichts gewußt hätten. Das ist natürlich eine Verdrehung der Tatsachen. Alle kapitalistischen Kreise, ganz gleich, unter welcher politischer Flagge sie segeln, haben nicht erst seit den Revolutionstagen, sondern schon vorher, als der Zusammenbruch der alten Herrschaft feststand, ihre Vermögen in Sicherheit zu bringen gesucht und dadurch das deutsche Volksvermögen um gar nicht abschätzbare Werte geschädigt. Die regierenden Rechtssozialisten machten sich dann allerdings zu Mitschuldigen dieses Treibens, indem sie keine Maßnahmen trafen, um die Besitzenden zur Deckung der Staatslasten heranzuziehen.

Der Wirtschaftspolitiker der „Vossischen Zeitung" führt aus, daß die ganze Angelegenheit eine Sache weniger der Moral als des Geschäfts sei. Unter der Parole, daß die größtmöglichste Förderung der Ausfuhr eine notwendige Lebensbedingung der deutschen Wirtschaft sei, habe man es immer für notwendig gehalten, die organisatorische Kontrolle der Ausfuhr auf ein Mindestmaß zu beschränken und der freien Ausfuhrtätigkeit möglichst keine zu starken Fesseln anzulegen. Dadurch kam es zur Verschiebung deutscher Produktionsmittel und zur Ausfuhr von Dingen, deren Gegenwerte nicht der deutschen Wirtschaft für die notwendige deutsche Einfuhr zur Verfügung gestellt werden, sondern zum eigenen Nutzen privater Besitze im Auslande aufgehäuft werden. Abgesehen von der strafrechtlichen Verfolgung der Einzelfälle müsse aus den Verhältnissen, für die der neueste Verschiebungsskandal nur ein Symptom sei, Folgerungen wirtschaftspolitischer Art gezogen werden.

Solange diese Folgerungen nur darin bestehen, die von der „Vossischen Zeitung" lebhaft befürwortete kapitalistische Planwirtschaft durchzuführen, wird man keine Aenderung der Verhältnisse erwarten können. Kapitalismus und Moral vertragen sich miteinander wie Feuer und Wasser. Deswegen ist der neueste Schieberskandal durchaus kein einzeln stehender Fall, sondern er ist im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft begründet. Wo ein gutes Geschäft winkt, da geht alle Moral zum Teufel, selbst dann, wenn es sich um Personen fürstlichen Geblüts handelt. Aus diesem Grunde ist es durchaus verständlich, daß die von uns schon vor einem halben Jahre veröffentlichten Mitteilungen über riesige Kapitalverschiebungen nach dem Auslande unbeachtet geblieben sind und daß die kapitalistische Presse aller Färbungen jetzt wieder den Mantel des Schweigens über die Mitteilungen des „Vorwärts" decken will. Auch von der staatsanwaltlichen Tätigkeit wird jetzt ebensowenig zu erwarten sein wie früher, und über erneute Versicherungen, daß sie den Schiebungen zu Leibe gehen wolle, wird diese Regierung ebensowenig hinausgehen wie die früheren Regierungen, die den Namen Scheidemann, Bauer und Hermann Müller trugen. Alle diese Kreise sind so sehr an dem Bestande der kapitalistischen Wirtschaft interessiert, daß sie höchstens einen besonders üblen Auswuchs beseitigen, das System als Ganzes aber um so mehr zu befestigen suchen.

•

Ueber die Kapitalverschiebungen wird weiter mitgeteilt, daß Herr Grußer einmal seiner Tochter gesagt hat, sie brauche sich über ein ihr von der Ex-Kronprinzessin geschenktes Bild nicht zu freuen, da er der Kronprinzenfamilie 60 Millionen Mark gerettet habe. Die Methode der Warenschiebungen machte nur ein Bruchteil der Grußerschen Gesamtschiebungen aus. Meist ließ sich Gruber die Gelder seiner Klienten verschreiben und übertrug sie auf seinen Namen auf Auslandskonten. Wertvolle Gegenstände beförderte er persönlich in zwei Luxusautos nach Holland. Zu den Helfershelfern Grußers gehörte ein Dr. Fritz Manheimer, der während des Krieges vier Jahre lang Vertreter der Reichsbank in Amsterdam war und jetzt Teilhaber bei Mendelssohn mit 100—150 Millionen Mark Kapitalanlage ist. An der Berliner Börse ließ sich Grußer durch seinen Prokuristen Reichelt vertreten, der dort unter der falschen Flagge eines Angestellten der Firma Schlesinger, Trier und Co. segelte.

Die Hohenzollern als Hausagrarier

Der Rechtsausschuß der Preußischen Landesversammlung setzte am Freitag die Debatte über die Abfindung der Hohenzollern beim Punkt: Akademieviertel fort. Das Akademieviertel ist im Jahre 1900 der Krone vom Staat abgekauft worden für den Betrag von ungefähr 14 Millionen Mark. Nach den Grundlagen des Vergleiches und den allgemeinen Rechtsanschauungen steht es fest, daß das Akademieviertel immer Staatseigentum gewesen ist und nie der Krone gehört hat. Abg. Heilmann (Soz.) forderte daher, daß die im Austausch für das Akademieviertel der Krone überwiesenen Grundstücke jetzt an den Staat zurückfallen. Generalreferent Geheimrat Schwietzer vom Justizministerium erklärte es für unmöglich, weil der Landtag seiner Zeit dem Ankauf des dem Staate schon gehörigen Akademieviertels von der Krone zugestimmt hätte. Dem traten entgegen Ministerialdirektor Dr. Bachem vom Finanzministerium und Ministerialdirektor Robis im Namen der Staatsregierung. Der Landtag habe den Kauf und Tausch nicht genehmigt, sondern nur irrtümlich (!) eine Zahl von Millionen bewilligt und das sei rechtlich belanglos. Es bestehe kein Grund, die damals preisgegebenen Grundstücke jetzt der Krone zu lassen.

Die weiteren Verhandlungen drehten sich um eine große Anzahl von Grundstücken, namentlich in Berlin, in der Prinz Friedrich-Karlstraße, der Prinz Louis-Ferdinandstraße und sonst in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße. Diese Grundstücke haben ursprünglich im 18. Jahrhundert dem Hofbauamt unterstanden und wären damit wahrscheinlich als Staatseigentum anzusehen. Im Jahre 1810 hat eine Auseinandersetzung stattgefunden, über die das Protokoll nicht aufzufinden war.

Staatliche Gelder für politische Propaganda

Uns wird geschrieben: Schon des öftern konnte nachgewiesen werden, daß die Koalitionsparteien mit den Mitteln der sogenannten Zentrale für Heimatdienst ihr Parteisüppchen kochend erhalten. Unter allerlei Namen, wie „Aufbau und Werden", „Gesellschaft für Volksbildung" usw. erscheinen Inserate zu gewissen Veranstaltungen, die den ausschließlichen Zweck haben, für bestimmte Parteien die Propaganda zu fördern.

Ein Zufall spielt uns Belege der Hirsch-Dunckerschen Metallarbeiter-Organisation in die Hände. Nicht nur der angestellte Beamte hat für einen Vortrag vom Heimatdienst Geld erhalten, sondern auch die Zuhörer je 3 M. Ein Skandal sondergleichen. Für diese eine Versammlung werden 452 M. vergütet.

Die vom Gewerkverein der Metallarbeiter (H.-D.) aus Hagen i. W. eingereichten Quittungen sehen wie folgt aus:

Quittung über 50 M.

Fünfzig Mark für einen Vortrag über den Friedensvertrag und das Kohlenabkommen von Spaa vom Gewerkverein H.-D. Hagen i. W. am 5. Nov. 1920 erhalten. gez. Gustav Wolf.

Quittung über 318 M.

Dreihundertachtzehn Mark zur Auszahlung an die 106 Vertrauensmänner des Gewerkvereins H.-D. in Hagen i. W. erhalten. Es entfallen auf jeden Versammlungsteilnehmer 3 M., zusammen 318 M. Betrag erhalten (Unterschrift), Geschäftsführer.

Quittung über 34 M.

Vierunddreißig Mark für Porto, Schreibmaterial und sonstige Bemühungen zur Veranstaltung der Vertrauensmännerkonferenz des Gewerkvereins H.-D. in Hagen i. W., und zwar

für Porto und Schreibmaterial	24,00 M.
für sonstige Bemühungen	10,00 M.
Summa	34,00 M.

Die Quittungen tragen das Datum vom 5. November 1920. Die in Betracht kommende Geschäftsstelle ist in Essen-Ruhr, Steeler Straße 24, Tel. 209, Telegramm-Adresse: Heimatdienst, Essen.

Hier liegt ein Skandal sondergleichen vor. Wie kommt die Zentrale für Heimatdienst dazu, die Gelder, die ihr aus staatlichen Mitteln zufließen, mit vollen Händen hinauszuwerfen für die Zwecke politischer oder gewerkschaftlicher Richtungen. Auch dieses Korruptionsnest muß ausgenommen werden. Der ganze Heimatdienst ist eine sinnlose Einrichtung, die verschwinden muß, aus Gründen der Sparsamkeit sowohl, wie aus Gründen politischer Moral.

Wo bleiben deine Steuern?

Zwei Millionen für Brieftauben und Hunde

Der Etat des Reichswehrministeriums ist eine Fundgrube für die ungeheure Verschleuderung der Staatsgelder, die den Steuerzahlern abgepreßt werden. Das Heer, das der Erhaltung der „preußischen Zucht und Sitte" dienen will, und dazu gehört nach den Behauptungen unserer Monarchisten auch die Sparsamkeit, dieses Heer wirtschaftet ohne Rücksicht auf die Notlage des Volkes darauf los, als befinde es sich noch in der belgischen Etappe. Es ist unmöglich, den Etat in zwei Artikeln erschöpfend zu behandeln. Zahlen tauchen auf, die selbst einen amerikanischen Milliardär schwindelig machen würden. Das Nachrichtenwesen (zu dem auch die schönen Spitzel gehören, in dessen Ressort die Lügen fabriziert werden, die das Daseinsrecht der Reichswehr nachweisen müssen), dieses Nachrichtenwesen frißt mit allem Drum und Dran 22 425 000 Mark auf. Beinahe zwei Millionen (1 862 000 M.) kostet uns allein die Verpflegung der Hunde und Brieftauben. Die Aufstellung im Etat über diesen Posten sieht so aus:

Futterkosten für 11 300 Tauben	406 500 M.
Futterkosten für 1145 Diensthunde	835 500 „
Wartung der Brieftauben und Diensthunde	564 000 „
Beförderungskosten an Brieftauben und Hundepfleger	21 000 „
Versuche zur Hebung der Tauben- und Hundezucht	35 000 „
Zusammen:	1 862 000 M.

Die Beschäftigung mit Hunden und Brieftauben mag eine angenehme Sache sein für private Liebhaber, die Zeit und Geld übrig haben, diesen Sport zu betreiben. Der Reichswehr darf kein Pfennig dafür bewilligt werden. Denn wichtiger als die Versorgung von 11 300 Brieftauben und 1145 Diensthunden ist die Versorgung der kranken Proletarierkinder, der Witwen und Waisen, die durch den Krieg in Not und Elend geraten sind.

Die deutsche Horthypartei

Der tschechische Außenminister Dr. Benesch hat dem Völkerbund einen Antrag unterbreitet, daß durch die Wiedereinführung der Monarchie in Ungarn die Sicherheit der Nachbarstaaten gefährdet werde. Der Wille dieser Staaten, militärisch abzurüsten, könne bei einem monarchistischen Regime in Ungarn nicht durchgeführt werden. Der Völkerbund möge sich daher gegen eine Wiedereinsetzung der Monarchie in Ungarn, gleichviel wer der Träger der Krone sei, erklären.

Die deutschen Monarchisten sind ob dieses gerechten Verlangens heftig empört. Das Horthy-Organ, die „Deutsche Zeitung", nennt das Verlangen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates; sie macht Ungarn scharf, nicht nachzugeben. Der Schmerz des Blattes ist zu begreifen. Es hat sich in den Mordtaten der „königlichen" Offiziere Ungarns weidlich entzückt, hat jede Schandtat der Weißgardisten beschönigt und das Land, wo die Achselstückträger von Raub und Erpressungen leben, als das vorbildliche Land der Gottesfurcht und der christlichen Sitte gepriesen. Seine ganze Politik ist darauf eingestellt, auch Deutschland diesen paradiesischen Zuständen entgegenzuführen.

Die Fäden zwischen Ungarn und Deutschland sind schon hergestellt, Bischoff und Oberst Bauer haben sie gesponnen. Kommt die Monarchie in Ungarn wieder, dann soll die Republik Oesterreich schnell folgen, dann sollen die Wellen auch nach Deutschland schlagen und hier der monarchistischen Bewegung einen kräftigen Anstoß geben. Dann soll auch Deutschland horthyisiert werden, wenn nicht schon vorher die Reaktion durch die Orgesch und ihre militärischen Verbündeten der Erfüllung ihrer Machträume näher gerückt ist.

Das ist das Ziel der deutschen Horthypartei, die ebenso eine Bedrohung für die Nachbarstaaten darstellt wie eine monarchistische Staatsform in Ungarn.

Der ungarische Mörderstaat

Neue Feststellungen in der Nationalversammlung

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit".)

Wien, 19. November 1920.

Der Abgeordnete Ruppert fordert in der ungarischen Nationalversammlung die Verhaftung Hejjas. Der Ministerpräsident wagte nicht, auf diese Forderung zu antworten. Er konnte nicht bestreiten, daß alle Verbrecher auf Hejjas Veranlassung freigelassen wurden. Ruppert führte aus, daß schon seit Monaten unter dem Schutz der öffentlichen Behörden Verbrechen begangen werden. Die Regierung und die Nationalversammlung ständen unter dem Terror. Er fürchte sich, auch diese Dinge zur Sprache zu bringen, aber es sei Pflicht, trotz der furchtbaren Drohungen, die ihm in seiner öffentlichen Tätigkeit zu hemmen suchten. Die Presse werde gezwungen, Lügen zu veröffentlichen, denn das Verschweigen von Verbrechen sei heute in Ungarn Staatsinteresse.

Der Leiter der amtlichen Korrespondenzbureaus, der das Ausland mit Nachrichten versieht, ist Hauptmann Kozma, Detachementsmitglied einer Terrorbande. Das Korrespondenzbureau ist vollständig militarisiert. Die Bevölkerung zwischen Donau und Theiß ist durch die Gruppe Hejjas in eine so furchtbare Lage gebracht worden, daß sie Millionen von Hab und Gut opfern muß, um ihre Freiheit zurückzubekommen. Ohne Erlaubnis dieser Gruppe kann kein Faß Wein, kein Stück landwirtschaftlicher Produkte transportiert werden. Um die Bewilligung zu erlangen, muß alles unter Preis verkauft werden. Die Preisdifferenz kommt den „Erwachenden Ungarn" zu.

Ruppert führte noch unzählige Fälle von Räubereien und Erpressungen an und bewies die vollständige Unfähigkeit und Machtlosigkeit der Regierung. In einem anderen Zusammenhange berichtete er, daß seiner Partei, der Partei der kleinen Landwirte, an der monarchistischen Staatsform nicht viel gelegen sei. Sie lehne die großen Ausgaben für den Hofstaat ab und glaube, daß das Land, welches für seine Kinder im Ausland bezahlen müsse, nicht 28 Millionen Kronen für die Kabinettskanzlei Horthys ausgeben dürfe, wie das jetzt geschieht.

In allen Zeitungen streicht die Zensur bei den Namen der Verhafteten, daß sie Offiziere sind. Der Detachementshäuptling, Rittmeister Baron Babarczy erklärt, daß seine Truppe aus freiwilligen Spenden gutherziger Juden sich erhalte. Das müssen die Blätter ohne jede Bemerkung abdrucken. Die Macht der Terroristen ist in Ungarn größer als je.

Vor neuen Gefahren im Osten

Durch die restlose Erledigung der Armee des Generals Wrangel in der Krim bekommt der russisch-polnische Gegensatz, der trotz des Vorfriedens von Riga in alter Schärfe fortbesteht, erhöhte Bedeutung. Polen hat sich bisher an die Abmachungen nicht gehalten. Mit seiner Unterstützung konnte der weißgardistische russische General Balachowitsch auf polnischem Boden eine Armee aufstellen, die jetzt zwischen Mozyr und Minsk steht, mit der Absicht, den Vormarsch ins innere Rußland anzutreten. Auch der ukrainische Bandenführer Petljura wird von Polen offen unterstützt und die Regierung hat bisher daraus auch gar keinen Hehl gemacht.

Es ist selbstverständlich, daß Rußland diesen neuen Abenteuern nicht ruhig zusehen kann. Es haben starke Truppenverschiebungen nach der Westfront stattgefunden. Wenn Polen aufrichtig den Frieden will, dann wird es die Unterstützung der gegenrevolutionären Generäle sofort einstellen müssen. Sonst entsteht die Gefahr, daß von neuem ein russisch-polnischer Krieg aufflammt. Balachowitsch stehen etwa 20 000 Mann zur Verfügung. Daß er damit nicht viel ausrichten kann, zumal jetzt, nachdem Rußland von der Wrangel-Gefahr befreit ist, ist wohl einleuchtend. Ebenso dürfte auch das Abenteuer des Bandenführers Petljura rasch sein Ende finden.

Aus Sebastopol ist in Moskau die Meldung eingetroffen, daß die letzten Wrangeltruppen am 13. November Simferopol verlassen haben, das von den roten Abteilungen der 2. Reiterarmee eingenommen wurde. Am 14. November wurde in Sebastopol ein Revolutionskomitee gebildet, nachdem die Stadt von den weißen Truppen verlassen worden war. Am 15. November zogen in Sebastopol Teile der 51. Infanterie-Division und der 2. Reiterdivision ein. Auch in Jalta hat ein Revolutionskomitee die „revolutionäre Ordnung" eingeführt. 10 000 ehemalige Wrangelsoldaten und einige zurückgebliebene Generale werden nach Norden befördert.

Die Drohung mit der Besetzung des Ruhrreviers

Der Pariser „Temps" bemerkt in Verbindung mit der vom deutschen Außenminister Simons im Rheinlande gehaltenen Rede, daß die französische Regierung sich an den Beschluß von Spaa halten werde. Die Besetzung des Ruhrgebietes sei danach nur vorgesehen als Strafe für den Fall, daß Deutschland gewisse Verpflichtungen nicht nachkommen sollte. Wenn die Verpflichtungen erfüllt werden, so könne von einer Besetzung des Ruhrgebietes nicht die Rede sein. Wenn man sage, daß die Lage sich nach den sechs Monaten, für die das Abkommen von Spaa abgeschlossen wurde, verändern sollte, so laute die Antwort darauf sehr einfach: Am Tage, wo das Abkommen von Spaa erlischt, werde allein die Bestimmung maßgebend sein, nach der zugunsten Frankreichs die Lieferung von 27 Millionen Tonnen für Jahre oder 2 Millionen 225000 Tonnen monatlich festgesetzt sei. Wenn man ein geringeres Quantum festsetzen wolle, so müsse ein neues Abkommen getroffen werden.

Nach diesen offiziösen Ausführungen will also die französische Regierung sich das Recht der Besetzung des Ruhrgebietes im voraus noch vorbehalten und sie scheint die Absicht zu verfolgen, bei einem neuen Abkommen Forderungen zu erheben, die noch über die von Spaa hinausgehen.

Als Entschädigung für zerstörte Luftschiffe verlangt die Botschafter-Konferenz der Alliierten die Auslieferung der deutschen Luftschiffe „Bodensee" und „Nordstern" und den Ersatz des Wertes der anderen Luftschiffe durch Geld oder durch Neubauten. Die deutsche Regierung behauptet, daß die Entente keinerlei Forderungen in dieser Hinsicht mehr erheben könne, weil alle Ansprüche wegen der während des Waffenstillstands vorgekommenen Verstöße durch das Scapa Flow-Protokoll erledigt seien.

Politische Säuglinge

Die Politik der willkürlichen Parolen hat wieder einmal eine Pleite erlebt. Und die Propheten dieser Politik sind gezwungen, diese Pleite einzugestehen.

Als im Sommer des Jahres die politische Lage in Deutschland, nach der Auffassung der K. P. D., eine Zuspitzung erfahren hatte, rief diese Partei zur Wahl politischer Arbeiterräte auf. Wochenlang setzte diese neueste der ewig wechselnden Parolen die Berliner Arbeiterschaft in eine gewisse Unruhe. Wollte man den großen Worten der Straßenredner der Kommunistischen Partei Glauben schenken, so hätte man annehmen müssen, daß die Berge kreißen. Jetzt stellt sich heraus, daß ein Mäuslein geboren ward.

Die „Rote Fahne" hält Abrechnung. Sie sieht nicht, daß sie Abrechnung mit ihrer eigenen Taktik hält. Ruth Fischer veröffentlicht in der „Roten Fahne" einen großen Artikel über Glück und Ende des Groß-Berliner Arbeiterrates.

Schon die Darstellungen über das Zustandekommen der politischen Arbeiterräte zeigt, daß der große Schlag, der mit dieser Wahl neuer organisatorischer Körperschaften der Arbeiterklasse geführt werden sollte, ein Lufthieb war. Insgesamt kamen 138 politische Arbeiterräte zustande, von denen 48, also ein unverhältnismäßig hoher Prozentsatz von den Arbeitslosen gewählt worden waren. Schmerzlich war es für die Kommunistische Partei, daß die K. A. P. D. bei den Wahlen den Löwenanteil der Mandate davontrug. Von 90 Arbeiterräten, die in den Betrieben gewählt worden waren, gehören 44 der K. A. P. D. an und von den 48 Arbeiterräten der Arbeitslosen ebensoviel, so daß diese Partei innerhalb der Arbeiterräte ein glatte Mehrheit hatte. Ein Zeichen dafür, daß sich nur eine verhältnismäßig kleine Schicht des Proletariats an dieser Wahl beteiligt hatte, und außerdem eine höchst unbequeme Erscheinung für die an den Arbeiterräten beteiligten echten Kommunisten. Dieser seltsame Ausgang der Wahl hätte vernünftigen Leuten zum Anlaß dienen sollen, die Arbeiterräte sofort wieder aufzulösen, um in aller Stille der sicheren Blamage zuvorzukommen.

Das geschah indes nicht. Man baute sogar einen Groß-Berliner Arbeiterrat zusammen und tat eine Zeitlang so, als sei diese Körperschaft die einzig berufene Vertreterin des Proletariats. Aus dieser Idee heraus ist es nur zu erklären, daß die K. A. P.-disten im Arbeiterrat den Streik der Elektrizitätsarbeiter zum Anlaß nahmen, um die Proklamation des Generalstreiks zu fordern. Diese Erscheinung dürfte den Leuten der K. P. D. für den Augenblick die Lächerlichkeit des ganzen Unternehmens zum Bewußtsein gebracht haben. Sie verließen darum die Sitzung und ließen den Arbeiterrat als Rumpf zurück, womit wir nicht sagen wollen, daß die ausgezogenen Kommunisten bis dahin der Kopf des Arbeiterrates gewesen sind.

Die Idee, die Arbeiterräte schon, wie sich die „Rote Fahne" ausdrückt, vor der Eroberung der politischen Macht zu wählen, kann, wenn sie überhaupt einen Sinn hat, nur diesen haben, daß die Arbeiterräte berufen sein sollen, über alle politischen Meinungsdifferenzen in der Arbeiterschaft hinweg die Arbeiterklasse organisatorisch zu einer Masse zusammenzuschmelzen. Daß dieser Versuch zu völlig unmöglichen Zuständen führen muß, das haben die Kommunisten durch ihren Auszug aus dem Groß-Berliner Arbeiterrat nunmehr selbst bewiesen, indem sie davonliefen, weil ihnen, die jederzeit ihre eigene Parole bereithalten, die Parole der anderen nicht gefiel. Solange durch eine wirre Propaganda das Proletariat immer wieder angetrieben wird, um Parolen zu stretten, solange dadurch die Differenzen in der Arbeiterklasse ständig vermehrt werden, ist der Versuch, durch die Bildung einer neuen Organisationsform die Zusammenfassung der Arbeiterschaft herbeizuführen, völlig sinnlos. Ein solcher Versuch kann nur Erfolg haben, wenn ein starker politischer Antrieb, der das Proletariat bis in seine entferntesten Tiefen aufwühlt, die gesamte revolutionäre Bewegung zu neuem wuchtigen Aufwallen führt. Nur ein solcher Anstoß kann und wird auch unter allen Umständen das Proletariat über alle Gegensätze hinweg zusammenführen. Die Artikelschreiberin der „Roten Fahne" aber muß heute selbst erklären, daß die Massen des Groß-Berliner Proletariats „nur langsam in Fluß kamen". Womit bewiesen und zugestanden wird, daß die politische Erregung des Proletariats nicht „in Fluß gebracht" werden kann durch schmeichelnde Parolen, sondern nur durch den aktiven Kampf um das auf dem Wege zum Sozialismus liegende konkrete Ziel, an dem die gesamte Arbeiterklasse ein unmittelbares Interesse hat, also durch eine politische Taktik, wie wir sie, nachdem es uns seit Halle gelungen ist, die Parolenbrechler aus unseren eigenen Reihen zu entfernen, beständig empfehlen.

Aber die „Rote Fahne" erklärt jetzt, daß sie den Arbeiterräten bescheidenere und weitengere Aufgaben steckt, als das führende Vorangehen im Kampf der Arbeiterklasse. Die Kommunistische Partei will nur organisieren. Die Aufgabe des provisorischen Arbeiterrats, schreibt Ruth Fischer, wäre es gewesen, „einheitliche Wahlgrundlagen auszuarbeiten, die Propaganda in den Betrieben für die Wahl von Arbeiterräten zu organisieren". Wäre das geschehen, dann wäre dieser Rumpfkörper später imstande gewesen, Neuwahlen sofort durchzuführen zu einem Zeitpunkt, „wo die Parole der Wahl politischer Arbeiterräte neuerdings die Aufgabe der Stunde" geworden wäre. Es bleibt also nur eine neue Organisationsspielerei übrig, die nichts erreicht hätte und auch in irgend einem anderen Augenblick nichts anderes erreichen wird als neue Verwirrung in die Arbeiterschaft zu tragen. Die plötzlich auftretende Bescheidenheit der Kommunisten ist ja nur eine Verkleidung der völligen Pleite. Als im Sommer der dröhnende Ruf nach politischen Arbeiterräten zuerst ertönte, klang es anders. Damals war die Parole der politischen Arbeiterräte die neueste und treffsicherste Heilsbotschaft, und Reden und Schriften der Kommunisten mußten in der Arbeiterschaft den Eindruck hervorrufen, als würde die Eroberung der politischen Macht der Wahl von politischen Arbeiterräten unmittelbar auf dem Fuße folgen.

Aber eine andere Organisationsspielerei wird in der gleichen Nummer der „Roten Fahne" abgetan. In der Mitgliederversammlung des Bezirks Groß-Berlin der K. P. D. kam die Rede auch auf die Betriebsräte-Zentrale. Heinrich richtete einen scharfen Angriff gegen sie, über dessen Inhalt sich der Bericht leider sehr kurz faßte. Gesagt wird nur, daß die Betriebsräte-Zentrale bisher nichts geleistet habe, auch die Mitglieder der K. P. D. nicht, die dort Unterschlupf gesucht haben. Heinrich forderte darum die Liquidation der Betriebsräte-Zentrale und ihre Umwandlung in eine Angestelltenkommission, ein Vorschlag, der zu spät kommt, nachdem sich die Betriebsräte-Zentrale selbst in eine Sprengkolonne für die Gewerkschaftsbewegung umgewandelt hat.

Wir haben das Vergnügen, einmal mit einem Kommunisten gleicher Meinung zu sein. Auch wir müssen sagen, daß wir noch nie so viel geistige Impotenz gehäuft gesehen haben wie in jener Körperschaft, die sich Betriebsräte-Zentrale nannte, die aber, wie wir schon einmal zum Ausdruck gebracht haben, von jeher nichts anderes war, als ein Unterschlupf für Personen, die keine bessere Beschäftigung zu finden wußten, als Verwirrung in der Arbeiterbewegung zu stiften, und die unfähig waren, einen Boden zu fruchtbarer Arbeit in der Arbeiterbewegung zu finden. Es ist vortrefflich, daß das diesen Leuten einmal von ihren eigenen Anhängern so brutal ins Gesicht gesagt wird.

Aber das alles wird nichts helfen. Bescheiden sind die Kommunisten durch die völlige Pleite ihrer Arbeiterratspropaganda geworden, aber gelernt haben sie dennoch nichts. Ruth Fischer kündigt an, daß man die Idee der politischen Arbeiterräte keineswegs aufgegeben habe. Man werde sie im Gegenteil unermüdlich weiter in die Betriebe tragen und bei der nächsten Zuspitzung der Situation werde man — dieselbe Parole ausgeben. Das sagt sie, obwohl sie einige Zeilen vorher eingesteht, daß der schönste Arbeiterrat der Arbeiterklasse absolut nichts hilft, wenn er nicht aus der Aktion der Masse geboren ist. „Wenn ein Arbeiterrat einen Generalstreik proklamiert," heißt es in dem Artikel, „der nicht durchgeführt wird, nicht einmal in Angriff genommen wird, so erklärt er sich bankrott und diskreditiert die Idee der Arbeiterräte." Wir finden, daß die Idee der Arbeiterräte bereits diskreditiert ist, indem man im Sommer — umgekehrt, als es hier eingestanden wird — die Wahl von Arbeiterräten als das Zaubermittel angekündigt hat, das jeder Aktion des Proletariats Schwung und Erfolg geben könne. Heute gibt man kleinlaut zu, daß das Proletariat gar nicht daran gedacht hätte, einem solchen Arbeiterrat zu folgen.

Dennoch werden sich diese Leute, wie gesagt, nicht abhalten lassen, den Ruf nach Arbeiterräten von neuem ertönen zu lassen, wenn er im Kreislauf der wechselnden Parolen wieder an der Reihe ist. Bei dem Massenverbrauch an Parolen, den die Kommunisten haben, kann das sehr schnell der Fall sein. Nur müsse man, schreibt Ruth Fischer, wissen, „daß man vom Säugling nicht verlangen darf, was nur der erwachsene Mann zu leisten imstande ist." Auch wir empfehlen dem Proletariat, von den von der dünnen Milch des Parolengeschreis lebenden politischen Säuglingen nicht zu erwarten, was nur die in Massenkämpfende und im Kampf wachsende Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit zu leisten vermag.

Die leere Dekoration

Reichstag und Staatsgerichtshof

Nach Erledigung einiger Dutzend kleiner Anfragen, unter denen nur die von unserer Fraktion gestellte über die Entschädigung der Opfer Marlohs größeres Interesse erweckte, ging der Reichstag am Freitag zur Beratung des Entwurfs über den Staatsgerichtshof über. Als erster Redner gab der rechtssozialistische Kieler Professor Radbruch einen Ueberblick über die Vorgeschichte des Entwurfs. Der vorliegende Entwurf befriedige nicht, denn während sämtliche früheren Entwürfe ohne weiteres ein Urteilsrecht des Staatsgerichtshofs vorsahen, sei dies bei dem jetzigen Entwurf nicht der Fall. Eine diesbezügliche Ergänzung sei notwendig, weil der Entwurf sonst vollkommen wertlos sei. Die Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes aus fünf hohen Juristen, fünf Delegierten des Reichsrates und fünf Mitgliedern des Reichstages sei auch bedenklich. Als Radbruch dann sehr richtig feststellte, daß insbesondere nach den Erfahrungen des Amnestiegesetzes der Jurist nichts weniger als die fleischgewordene Gerechtigkeit sei, sondern bewußt oder unbewußt der Anwalt bestimmter Interessen, tobte die Rechte des Reichstags und äußerte Mißfallen in lebhaften Pfui-Rufen. Die vom Staatsgerichtshof vorzunehmenden Ministeranklagen seien angesichts der Verwirklichung des parlamentarischen Systems weniger wichtig, bedeutungsvoll sei nur seine Zuständigkeit in Verfassungsstreitigkeiten.

Der Deutschnationale Gräf äußerte heftige Entrüstung gegen Radbruch und unternahm einen Vorstoß gegen den preußischen Minister Severing, den er der Verschleppung der Wahlen bezichtigte. Auch der Volksparteiler Kahl, Professor an der Universität Berlin, polemisierte gegen Radbruchs Angriff auf die Richter und lobte die Zurückhaltung des Entwurfs über das Verfahren. Er richtete seinen Zorn gegen den Berliner Oberbürgermeister Wermuth und forderte ziemlich unverhüllt die Einsetzung eines Diktators über Berlin.

Nach einer Erwiderung des Reichsministers des Innern, Koch, der ebenfalls die Schlichtung der Verfassungsstreitigkeiten als die dringendste Aufgabe des Staatsgerichtshofes bezeichnete, kam für die Unabhängige Partei Genosse Lipinski zum Wort. Er erklärte:

Der Entwurf ist nur eine **Dekoration ohne Kraft und Bedeutung.** Die Ministerverantwortlichkeit war damals berechtigt, als die Parteien noch keinen Einfluß auf die Ernennung von Ministern hatten. Bei Ministern, die von der Mehrheit ernannt werden, ist sie sinnlos. Es wird kaum eine Situation geben, in der sich eine Mehrheit für eine Ministeranklage findet. Die ganze Einrichtung ist durch das parlamentarische System widerlegt. Auch hat die Verurteilung eines Ministers ja gar keine Rechtsfolge, abgesehen von dem Ausschluß vom Amt. Der Fall Hermes beweist, daß es zu einem unparteiischen Durchgreifen doch nicht kommt. Trotzdem Hermes unrechtmäßige Verwendung der Gelder aus der Pressaustauschklasse nachgewiesen sei, habe der Ausschuß die Sache nicht weiter verfolgt. Der Abgeordnete Gräf sagte, früher sei der Staatsgerichtshof wegen der vorzüglichen Qualität der Minister nicht nötig gewesen. Aber auch früher haben **Minister ihre Stellung benutzt, um Privatgeschäfte zu machen.** Es ist heute wohl jedem klar, daß sich die Richter nicht von ihrer alten Auffassung freimachen können, das würde sich beim Staatsgerichtshof erneut wieder zeigen. Ein schwerer Mangel des Gesetzes besteht auch darin, daß das Gericht nicht die Vorarbeiten des Untersuchungsausschusses verwertet. Daß die Herren der Rechten gegen die Ministerverantwortlichkeit und die Strafbestimmungen des Staatsgerichtshofes sind, ist selbstverständlich, **sonst könnte womöglich einmal ein Helfferich nicht mehr Mitglied des Reichstages** sein. (Sehr richtig!) Ich sehe aus all diesen Gründen im Staatsgerichtshof kein Forum zur Feststellung der Wahrheit und vor allem zur genügenden Bestrafung der Kriegsverbrecher. Wir werden deshalb gegen das Gesetz stimmen.

Der Demokrat Waldstein sprach sich für den Gesetzentwurf aus, während der Neukommunist Herzfeld gegen die Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes mit der Bevorzugung von bewährten Richtern schärfstes Mißtrauen hegte. Der Staatsgerichtshof habe es nur mit politischen Streitigkeiten zu tun, die von Richtern nicht unpolitisch entschieden werden können. Der Staatsgerichtshof sei ein eingefrorener Trompetenton aus der 48er Trompete. Er lehnte deshalb den Gesetzentwurf als überflüssig ab. Der Entwurf wurde sodann dem Rechtsausschuß überwiesen.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Beschleunigung der Erhebung des Reichsnotopfers und die Interpellation der Rechtssozialisten über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Der Wahltermin in Preußen. Der Aeltestenrat der Preußischen Landesversammlung hat einstimmig beschlossen, dem Hause den 20. Februar als Tag der Neuwahlen vorzuschlagen.

Die kostspielige Reichswehr

Aussprache im Haushaltungsausschuß

Der Hauptausschuß des Reichstages trat am Freitag in die Generaldebatte über den Haushaltplan für das Reichswehrministerium ein. Der Berichterstatter, Reichskommissar Stücklen, erklärte, **daß sich wesentliche Abstriche im Heeresetat notwendig machten.** Der Etat biete keine Uebersicht, man tappe vollständig im Dunkeln. Selbst was die Reichswehr im Beharrungszustand kostet, ist aus dem Etat nicht zu ersehen. Die Kavallerie habe sich überlebt, deshalb seien diese Ausgaben nicht berechtigt. **Die Leutnants haben heute absolut höhere Bezüge als früher die Stabsoffiziere.** Wir treten ein für das Milizheer, für das Bebel schon jederzeit die richtigen Worte gefunden hat. Keinen Staatssekretär, sondern einen Vertrauensmann des Parlaments gebrauchen wir im Reichswehrministerium. Anträge stelle er nicht, in der Erwartung, daß dies von den Parteien aus geschieht.

Schöpflin (S. P. D.), schließt sich den Ausführungen des Berichterstatters an. **Das große Heer der Chargierten sei nicht nur vom finanziellen, sondern auch vom militärischen Gesichtspunkt unerträglich.** Schöpflin behandelt dann noch all die Mißstände, die seit Wochen durch die Presse bekannt sind. Der Geist, der in der Reichswehr herrscht, wächst sich immer stärker zu einer Gefahr für die Republik aus. Der Reichswehrminister besitzt das Vertrauen der Offiziere, weil er — wenn auch nur passiv — die Reaktion fördert. **Deshalb ist auch der Reichswehrminister eine Gefahr für das deutsche Volk.** Von der Loyalität der Regierung und der Obersten Heeresleitung ist der Redner durchdrungen und er ist fest davon überzeugt, daß man auch nicht von hinten herum den Friedensvertrag durchbrechen will.

Künstler (U. S. P. D.): Alle Parteien erklären unausgesetzt, nur Ruhe und Ordnung, Arbeit und Sparsamkeit kann uns retten. Von Sparsamkeit ist aber im Etat nichts zu spüren. Ich erkläre ihnen heute schon, und zwar im Auftrage meiner Freunde, wir lehnen den Etat ab. Scharf kritisiert unser Redner die Handlungen des Ober-Kappisten Lüttwitz, der in den Märztagen durch Dekret anordnete, **daß alle die, die gegen die Regierung kämpften, eine Kampfzulage von 7 M. pro Tag erhalten sollten.** Das Schlimmste aber, die Regierung läßt diese Gelder auch zur Auszahlung bringen. Seeckt erkannte den Lüttwitzerlaß an! Die Bildungsarbeit, die jetzt im Heere geleistet wird, **richtet sich gegen die Republik und das Volk.** Es ist dringend notwendig, daß durch schärfste Kontrollmaßnahmen dieses Treiben unterbunden wird. **Geistig und auch wirtschaftlich wirkt die Reichswehr vernichtend.** Große Posten Leinwand, die der Reichswehr zur Verfügung standen, sind in der leichtfertigsten Weise als Fenstervorhänge in den Kasernen verbraucht worden, obwohl man wissen mußte, daß Tausende Kinder kein Hemd auf dem Leibe haben.

Der Redner verlangt von der Regierung Auskunft über das Baltikum-Abenteuer, das, abgesehen von dem politischen Humbug, Millionen von Mark verschlungen hat. **Wie stellt sich der Reichswehrminister zu der nicht kleinen Zahl von Mördern, die heute noch in den Listen der Reichswehr geführt werden oder doch noch mit ihr in engster Verbindung stehen?**

Vor Schluß der Sitzung ergriff noch der Reichswehrminister das Wort und verteidigte in der gewohnten Weise seine Tätigkeit und die Handlungen der Reichswehroffiziere. Die Freikorps ließ er fallen, die hätten zuviel im Ueberschwung gearbeitet. Seine Politik im Heer sei die der Aussöhnung, er fühle sich mehr als Arzt, der heilen will. **Trotzdem habe er,** wenn es nottat, auch scharf (??) bei den Offizieren eingegriffen. Die Beschwerden, die von dieser Seite gegen ihn eingereicht worden seien, könnten leicht die Richtigkeit seiner Worte bestätigen. Seinen alten Grundsatz, im Heere keine Schnüffelpolitik zu treiben, werde er stets hochhalten. Mit den Worten: Seien sie versichert, wenn das 100 000 Mann-Heer steht, werden sie keinen Grund zur Klage mehr haben, schloß dieser gutgläubige Demokrat seine Ausführungen.

Herr v. Seeckt stellt vor dem Auseinandergehen kurz noch fest, daß Kasernen für Privatzwecke schon abgegeben worden seien. An Leinwand sei kein Ueberfluß im Heer. — Am Montag früh 10 Uhr werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Der Schrei nach dem Staatsanwalt

Das Kappistenorgan „Deutsche Zeitung", das etwa auf dem Niveau Knüppel-Kunzes steht, hat plötzlich staatsretterische Anwandlungen bekommen. „Gewalt fährt auf den Straßen!" schreit es in hysterischen Tönen, um dann den Ruf nach dem Staatsanwalt auszustoßen, dem es folgende „Anklage" unterbreitet:

„Wir klagen an:

1. den Kommunisten Sylt und Genossen des Verbrechens gegen § 211 Str. G. B. (Mord bzw. Mordversuch) und Vergehen gegen §§ 223 ff. (Körperverletzung, begangen an Kindern und Kranken) 240 (Nötigung) 303 ff. (Sachbeschädigung, bes. von Gegenständen, die zum öffentlichen Nutzen dienen — Untergrundbahn) 314 (Ueberschwemmung der Baugruben) 315 ff. (Gefährdung von Eisenbahn-, Telegraph- und Fernsprechbetrieb).

2. Die Führer der kommunistischen Parteien (K. P. D. und K. A. P. D.) der Vergehen gegen Str. G. B. §§ 110, 111 Aufforderung zum Ungehorsam und zur Begehung strafbarer Handlungen (der Nichtabgabe der Waffen).

3. Die Führer der roten Parteien, der Betriebsräte usw., deren Namen noch nachzubringen sind, des Vergehens gegen § 139 Str. G. B. (Nichtanzeige drohender Verbrechen).

Soweit Gericht und Staatsanwaltschaft infolge der heutigen Rechtslage bei den beteiligten Beamten und Behörden nicht Mittäterschaft oder Beihilfe annehmen sollten, ist gegen sie sofort, da sie sich des Ansehens, der Achtung und des Vertrauens, das ihr Amt erfordert, unwürdig gezeigt haben, das Disziplinarverfahren zu eröffnen mit dem Ziel der Entfernung aus dem Amte ohne Bezüge."

Um die ekelhafte Heuchelei der „Deutschen Zeitung" zu kennzeichnen, genügt es wohl darauf hinzuweisen, daß sie nie auch nur ein Wort der Verurteilung gegen die Aerztestreiks in Leipzig, Halle und anderen Städten fand, durch die Kranke, Kinder usw. weit mehr gefährdet wurden, als durch den Berliner Elektrizitätsstreik. Auch der Ruf nach der Maßregelung der Beamten und Behörden, die nach Ansicht des deutschnationalen Blattes nicht scharf genug gegen die Streikenden vorgegangen sind, erscheint recht merkwürdig, wenn man sich all der gaunerischen Tricks erinnert, die in der deutschnationalen Presse angewandt wurden, um die an der Kapp-Verschwörung beteiligten Beamten der verdienten Strafe zu entziehen.

Eine deutsche Protestnote. Die belgische Regierung hatte in einer amtlichen Proklamation behauptet, daß die Kreise Eupen und Malmedy nach einer Trennung von mehr als 100 Jahren nunmehr mit dem Mutterlande Belgien wieder vereinigt worden seien. Die deutsche Regierung hat nunmehr der belgischen Regierung und dem Völkerbund eine Note übermittelt, die mit folgenden Worten schließt: „Die Deutsche Regierung legt gegen die Bezeichnung der Abtretung der Kreise Eupen und Malmedy als einer Wiedervereinigung mit Belgien nachdrücklich Verwahrung ein, da diese Bezeichnung den geschichtlichen Tatsachen widerspricht und geeignet ist, irrtümliche Anschauungen hervorzurufen."

Zeitungsstreik in Düsseldorf. Die Buchdrucker im Düsseldorfer Zeitungsgewerbe sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Die bürgerlichen Zeitungen können nicht erscheinen, während die beiden sozialdemokratischen Blätter, die den Lohnforderungen der Arbeiter nachgekommen sind, weiter erscheinen.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 Uhr:
Käthchen von Heilbronn

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ Uhr: **Perikles u. Tyrus**

Proletarisches Theater
Schiffbauerdamm 16
Mittwoch, den 24. Nov. 7½ U.:
Die Feinde v. Maxim Gorki.

Staatstheater.
Opernhaus
7 Uhr:
Madame Butterfly
Schauspielhaus
Donnerst. 7½ U.: Schüler-Vorstell.
Minna von Barnhelm
7 Uhr: **König Richard III.**

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
Zum 1. Male:
7½ Uhr: **Der Chauffeur Martin**

Kammerspiele
7 Uhr: **Er ist an allem schuld**
Hierauf: **Die Spieler**
Der Heiratsantrag

Großes Schauspielhaus
Kurfürstenstraße
7 Uhr: **Danton** (Aufg. Abonn.)

Theater d. Königgrätzer Str.
½8 Uhr: **Rausch**
(Osska, Abel, Riemann, Richard, Pfeifkiesel, Derenburg, Römer).
Sonntag: **Rausch**
Montag: **Erdgeist**
(Osska, Steinrück)

Komödienhaus
½8 U.: **Die Sache mit Lola**
mit Max **Pallenberg**
(Josefine Dora a. G., Dorrad Wagner, Pisko, Haskel, Stieda, Kiper)

Berliner Theater
Allabendlich 7 Uhr:
Die spanische
Nachtigall
mit
Fritzi Massary
(Lilli Wiel, Hans Waßmann, Julius Brandl, Emma Sturm, Olga Engl)

Th. am Nollendorfplatz
3½ U.: Hoffmanns Erzählungen
7 Uhr: **Wenn Liebe erwacht . . .**
Sonnt. nachm.: Der Zirkusprinz

Rose-Theater
3½ Uhr: **Die sieben Raben**
7 U.: Geschloss. Vorstellung

Residenz-Theater
(Bahnhof Zoologischer Garten)
Untergrundbahnhof Klosterstr.
Täglich: ½8 Uhr:
Die Freundin
Sonntag 4 U.: **Die Freundin.**

Trianon-Theater
Bahnhof Friedrichstraße
Täglich ½8 Uhr:
Der Roman einer Frau
Stg. 47 Der Roman einer Frau.

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
Heute bis Montag 7½ Uhr:
Flamme
(Dorsch, Grüning, Klein-Rogge, Prölss)

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Scheidungsreise
(Max Adalbert, Truse Hesterberg)

Neues Operettenhaus
Direktion Jean Kren
7 Uhr:
Die Csikóshusarenness
Operette in drei Akten nach einem Motiv Petőfis von Fritz Grünbaum.

½8 **Casino-Theater** ½8
Der Fehltritt einer Frau.
Volksstück in 4 Bildern

Walhalla-Theater
Tägl. 7½, Stg. 3½ u. 7½ Uhr:
Der schöne Wilhelm
Heinrich amüsiert sich!

½8 **Folies Caprice** ½8
Sanatorium Steinach
Der gehornte Siegfried
mit Ferd. Grünecker.

Königstadt-Theater
Alexanderstr. 21 Abk. inaugurirt.
Täglich 7½ U.: **Gala-Sänger**

Theater am Moritzplatz 16914.
Tägl 7½ u. Sonntag nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
Heute neues PROGRAMM!
Hervorragend. Schlager!
Zum Schluß der lustige Einakter:
„Ein Abonnent i. Witwenverein"
Vorverkauf: 11—1½ u. 4—6 Uhr

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218
7½ allabendlich 7½
Harems-Nächte
Sonntags 3½ U. 1 Kind frei.

Metropol
Behrenstraße 54.
12 Attraktionen

Scala
Lutherstr. 22/24.
Die
Varieté-Bühne
Groß-Berlins
Täglich 7½
Stg. 3½, halbe Preise
Vorverk. a. d. Kasse 10—2. A. Wertheim, Invalidendank.

Underberg

Wahlspruch:
SEMPER IDEM

in stets unveränderter, anerkannt vorzüglicher Qualität (48-50 Vol. Proz. Alkohol).

Alleiniger Fabrikant
H. Underberg-Albrecht
RHEINBERG (Rhld.) * Gegründet 1846.
Kontor und Lager: Berlin SW 48, Friedrichstr 237. Fernspr: Amt Lützow Nr. 3073 u. 4470.

Spezial-Arzt Dr. Jaffé für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen, Beiratungen mit Höhensonne, Blau u. Finsenlicht; in der Heil-Anst. „Löser", nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8. Sonntags 9-1. Damen separat **Dir. O. Löser, Münzstr. 9**

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden bei Männer u. Frauen, Blutuntersuchungen, nerv. Schwäche. Behandlg. schnell, sicher, mögl. ohne Berufsstör. Auskunft kostenlos. **Köln**, Andreasstr. 75, 1. Et., E. Breslauer Str. (dicht a. Schl. Bhf.) Sprechz. 10—12, 5—7½. Sonnt. geschloss.

Die Schäfer-Martin-Salbe 1685
bewährtes Volksheilmittel gegen Hautleiden, Beinschäden, Ausschläge, Geschwüre, Mitesser, Pickel, rote rissige Haut, Wolf, Juckreiz. Bei Kindern verhütet sie das Wundsein, heilt Ausschläge etc. Viele Anerkennungen! Dose Mk. 10,— gegen Nachnahme oder Vorsendung. Allein zu beziehen durch: Phönix-Apotheke, Berlin NW 5, Wilsnacker Straße 47

Spezial-Arzt Dr. Ehrlich für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Hartleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, gegen Syphilis komb. Salvarsan-Kuren, Blutuntersuchungen, im Alteisen Kur. **Dir.: Löser senior** Institut „Löser" gegr. 9—1, 4—8. Stg. 9—1. Nur Rosenthaler Str. 69-70 Damen separat Rosenthaler Platz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Der Kernmacher
Fritz Schmidt
Weißensee, Lehderstraße 33, am 15. d. Mts.
Die Einäscherung findet am 22. November, nachmittags 1 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Der Metallarbeiter
Albert Deterling
Neukölln, Bodelstraße 10, am 17. d. Mts.
Die Beerdigung findet am 20. November, nachmittags 2.30 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Kirchhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf!

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metallarbeiter
Johann Kremers
Lichterfelde, Osdorfer Str. 9, am 12. d. Mts. verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Ein Haupttreffer!
MON LINON
Die gute
MASSARY ROAL
ZIGARETTE
Urteilen Sie selbst!

MÖBEL
herabgesetzte Preise
bar und Teilzahlung
schon seit 50 Jahren
BARTHEL
Zorndorfer Str. 54

Für die aufrichtige Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen unseren innigsten Dank.
Adolf Blankenfeld nebst Kinder.

Briefmarken, Münzen
kauft Grossmann, Johannistr. 4
Norden 10621.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Montag, den 22. November 1920, abends 6 Uhr
Branchenversammlung
der Rohrleger und Helfer
in „Kliems Festsälen", Hasenheide 13 (Gartensaal)

Tagesordnung:
1. Die Lehren unserer Lohnbewegungen und Streiks. Referent: Kollege M. Niederkirchner.
2. Branchenangelegenheiten.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Am Montag, den 22. November 1920, abends 6 Uhr in den „Sophien-Sälen", Sophienstraße 17/18
Branchenversammlung
der Hilfs- und Transportarbeiter

Tagesordnung:
1. Industrieverband. Referent: Kollege Fritz Zimmermann.
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Trauringe
Dukatengold 900 gest.
Stück 180.—
14 kar. Gold 585 gest.
8 kar. Gold 333 gest.
stets vorrätig am Lager

Asthma
mit Hustenanfällen u. starker Verschleimung findet wirksame Hilfe durch stets echte Asthmatropfen, bewährt durch ihre Wirkung. 30 Jahr. glänzende Erfolge. M.
Otto Reichel,
Berlin 42, 80, Elsenbahnstr. 6

Geschlechts-
leiden finden, wenn alles versagte, nachweisbar Hilfe im Moreau-Institut (ärztliche Leitung), Blücherplatz 2. (Hallesch. Tor 10-1 1—8, Sonnt. 11—1. Damenzimmer separat. Jeder Kranke verlange Dr. med. Ludwigs Aufklärungsschrift für M. 2.60 bis verschloss. Umschlag ohne Aufdruck. Angabe des Leidens erforderlich.

Habe mich als **Spezialarzt f. Beinleiden** (Krampfadern, Flechten, Beingeschwüre, Knie- u. Fußleiden) Sternstr. Albrechtstraße 1a (Albrechtshof) niedergelassen. 9—11, 4—6. Dienstag u. Freitag nur 3—7. Sonntag 9—11. Fernsprecher: Steglitz 218.
Dr. med. E. Brann.

Autoteile kauft stets Hauptherr, Bülowstr. 3.

Sozialistische Literatur
Schöne Literatur
Geschenk-Werke
Klassiker
Jugend-Schriften
Bilder-Bücher

Kauft man am besten u. billigsten in der
Buchhandlung
Freiheit
Berlin C2, Breite Str. 8-9

Geöffnet bis 6 Uhr abends
Versand auch nach auswärts!

Zahle die höchsten Preise
MINOGA
Berlin O., Grüner Weg 69
Tel.: Alex. 2439

Altmetalle
höchste Schmelzpreise
Ludwig, Pinkuchstraße 19.

Stoffe
für Damen- und Herrenbekleidung
Futterstoffe ◇ Kübele
Konfektion
für Damen und Mädchen Maßanfertigung
Herabgesetzte Preise!
C. Pelz
3. Kastanien Straße 8

Parteigenossen! Parteigenossen!
Kauft Eure
Bücher für den Weihnachtstisch
schon jetzt
in Eurer Buchhandlung
Sachgemäße Beratung / Reiche Auswahl / Billige Preise
Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8-9
Täglich geöffnet bis 6 Uhr abends. Versand auch nach auswärts.

Redakteur gesucht

Für die Lokalredaktion der Freiheit wird zu baldigem Antritt ein
Lokalredakteur
gesucht. Bewerbungen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit sind bis zum 26. November zu richten an die Geschäftsleitung des Verlages der „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Botenfrauen
zum Austragen der „Freiheit" gesucht
Berlin-Wilmersdorf / Berliner Str. 53

Parteigenossinnen!
Botenfrauen
reiht sofort ein die
Spedition Marigrel, Karlshorst, Schenkstr. 74

Gewerkschaftliches

Lohnerhebungen im Baugewerbe

Im Februar dieses Jahres wurde eine amtliche Lohnerhebung vorgenommen. Das Statistische Reichsamt veröffentlicht jetzt das zusammengefaßte Ergebnis der Erhebung für das Baugewerbe. Die Statistik erstreckt sich auf 1002 Betriebe und umfaßt 53 975 Arbeiter und 3812 Angestellte. Diese Zahlen entsprechen einem Prozentsatz von 9 der 1919 insgesamt der Gewerbeaufsicht unterstellten Betriebe und 30 Prozent der insgesamt darin beschäftigten Arbeiter.

Nach den Berechnungen des Statistischen Amts bewegten sich die Löhne für Bauhilfsarbeiter von 125 Pfg. in Nordenburg (Preußen) bis 439 Pfg. in Solingen, Maurer von 160 Pfg. in Eldagsen (Hannover) bis 450 Pfg. in Solingen, Zimmerer von 160 Pfg. in Fraustadt bis 438 Pfg. in Crefeld. Um auch die verschiedene Dauer der Arbeitszeit einschließlich der Ueberstunden zu erfassen, wurden neben dem Stundenlohn auch die durchschnittlichen Arbeitsverdienste während der vier Erhebungswochen berechnet. Diese bewegen sich bei den Bauhilfsarbeitern zwischen 226 M. in Nordenburg und 700 M. in Velbert (Rheinland), bei den Maurern zwischen 285 M. in Frankenstein (Schlesien) und 827 M. in Witrop (Kreis Recklinghausen), bei den Zimmerern zwischen 295 M. in Strohsdorf (Kreis Pyritz) und 809 M. in Hamborn.

In den 21 deutschen Großstädten mit mehr als 200 000 Einwohnern schwankt der durchschnittliche Stundenlohn der Bauhilfsarbeiter zwischen 260 Pfg. in Breslau und 408 Pfg. in Hamburg, der Maurer zwischen 324 Pfg. in Hannover und 422 Pfg. in Hamburg, der Zimmerer zwischen 283 Pfg. in Nürnberg und 434 Pfg. in Hamburg. Der niedrigste und höchste durchschnittliche Vierwochenverdienst ergibt sich bei den Bauhilfsarbeitern in München 478 M. und Hamburg 734 M., bei den Maurern in München 529 M. und Hamburg 758 M., bei den Zimmerern in Nürnberg 501 M. und Essen 829 M.

Frauenarbeit und Stücklohnarbeit waren nach der Erhebung im Baugewerbe wenig verbreitet. Die Frauen waren in der Erhebung mit 1,87 Prozent beteiligt. In Stücklohn arbeiteten 1,35 Prozent der von der Statistik erfaßten Arbeiter, Jugendliche unter 18 Jahre waren von den männlichen Beschäftigten 4,66 Prozent, von den weiblichen Beschäftigten 18,35 Prozent.

Zum Streik im Textilgroßhandel

Die Arbeitgeber verbreiten weiter die Lüge, daß die Angestellten zweimal die Verhandlungen abgebrochen hätten. Die Wahrheit dagegen ist, daß die Arbeitgeber vor zwei Instanzen, nämlich vor dem Demobilmachungskommissar und dem Reichsarbeitsministerium erklärt haben, keine Aufnahme von Verhandlungen, bevor nicht der Streik abgebrochen ist. Der Arbeitgeberverband schämt sich auch nicht, seinen Mitgliedern ein „Verhandlungsprotokoll“ zuzustellen, dessen Inhalt den Angestellten weder bekanntgegeben, noch von ihnen unterzeichnet worden ist. Welchen Wert solche Wische haben, dürfte auch dem borniertesten Arbeitgeber bekannt sein. Man hat aber scheinbar solche Mittel dringend nötig, um die Stellung halten zu können. Inzwischen läßt man das Geld in allen Farben schillern. Doppelte Gehälter werden Streikbrechern angeboten, das Geld bei den Obleuten deponiert, Gehälter über die Forderungen hinaus werden ehrenwörtlich garantiert, nur mit dem Arbeitgeberverband wagen sich diese feigen Firmeninhaber nicht auseinanderzusetzen, aus Furcht, besonderer Vergünstigungen des Arbeitgeberverbandes verlustig zu gehen. Zu dieser edlen Sorte gehören die Firmen Seeliger u. Co., R. Zernick, Weinberg u. Guttmann usw. Die streikenden Angestellten denken nicht daran, auf diese Leimruten zu kriechen, sondern stehen nach wie vor fest zu ihren Führern, da sie begriffen haben, daß ihr Kampf von der größten Bedeutung für die gesamte Arbeitnehmerschaft ist.

Die Zentralstreikleitung.

Beilegung des Streiks der Kohlenarbeiter

Zu dem Kohlenarbeiterstreik bei der Firma Sochaczewer, Wiclefstraße, ist zu berichten, daß der Streik am 19. November 1920 beigelegt worden ist. Beide Parteien haben anerkannt, sich dem Schiedsspruch zu unterwerfen, der vom Gewerbegericht gefällt wird. Dieses Gericht wird zusammengesetzt von einem unparteiischen Vorsitzenden, drei Arbeitgeber- und drei Arbeitnehmer-Beisitzer. Sämtliche Beisitzer werden aus Fachkreisen bestimmt, um zu entscheiden, ob es sich um einen Betrieb handelt, der mit Nutzholz oder Brennholz und Kohlen ein Gewerbe betreibt.

Lohnbewegung der Apothekerarbeiter

Nach recht langwierigen Verhandlungen, welche sich von August bis jetzt hinzogen, wurde am Donnerstag vor dem Demobilmachungskommissar ein Vergleich getätigt. Der Nachtragsvertrag hat Gültigkeit mit Rückwirkung vom 1. August d. J. und läuft bis zum 31. März 1921.

Ueber alles weitere wird in einer Versammlung der Apothekenarbeiter, welche am Mittwoch, den 24. November, in Wilkes Festsälen, Sebastianstr. 39, stattfindet, Bericht erstattet werden. Der Tarif selbst ist nach dem 24. November gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte im Bureau, Engeiufer 14-15, 2 Tr., Zimmer 33, erhältlich.

Tarifverhandlungen im Deutschen Buchdruckgewerbe. Nach vierwöchentlicher Verhandlung haben sich die Vertreter beider Parteien verständigt. Die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker ist erneuert worden. Ein neuer Lohntarif für die Gehilfenschaft, verbunden mit einem Reichstarif für Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, ist für die Dauer von zwei Jahren zum Abschluß gekommen. Es steht zu hoffen, daß damit der gewerbliche Frieden dem Deutschen Buchdruckgewerbe auch weiterhin erhalten bleibt.

Generalversammlungsdelegierte des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Sonnabend, den 20. d. M., nachmittags 5 Uhr, in der Schulaula, Koppenplatz 12.

Zusammenkunft aller Delegierten, welche auf dem Boden der U. S. P. D. (Crispien-Ledebour) stehen.

Tagesordnung: Die letzten Vorgänge im Deutschen Metallarbeiterverband.

Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimieren.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg U. S. P. D.

Der geschäftsführende Ausschuß.
J. A.: Fritz Schneider.

Geschoßfabrik Spandau! Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche vom 9. November 1918 bis 24. Mai 1919 entlassen worden sind und die Uebergangsgebührnisse (ein Wochenlohn) noch nicht erhalten haben, melden sich Sonntag, den 21. November, vorm. 10 Uhr, im Lokal von M. Bathe, Berlin N., Triftstr. 45, zur Eintragung in die Liste.

Groß-Berlin

Das Attentat an der Millionenbrücke

Heute wird wegen Tötung des Lokomotivführers Reichmuth zum zweiten Male vor dem Schwurgericht des Landgerichts 1 verhandelt. Der Angeklagte Schälzke wurde seinerzeit freigesprochen. Rohloff wegen Raufhandels und vorsätzlicher Transportgefährdung zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Bezüglich des Angeklagten Kornatz, um den es sich noch handelt, hatten die Geschworenen die Schuldfrage wegen Mordes bejaht, während der Staatsanwalt nur den Antrag auf Bejahung der Frage wegen Totschlags gestellt hatte. Das Gericht machte seinerzeit von dem § 317 Strafprozeßordnung Gebrauch, nach dem ein Geschworenenspruch kassiert werden kann, wenn das Gericht einstimmig der Ansicht ist, daß die Geschworenen sich zu ungunsten des Angeklagten geirrt haben. Es muß deshalb die ganze Sache noch einmal verhandelt werden.

Aus dem Verbrechertum

Das Gaunertum der Großstadt ersinnt immer neue Tricks. Dieser Tage wurde berichtet, daß drei Gauner sich zu Raubüberfällen zusammengetan hatten. Zu diesem Zweck bedienten sie sich eines jungen Mädchens, eines 17jährigen Fürsorgezöglings, daß auf der Straße Männer ansprechen und in ein bestimmtes Haus führen mußte. Hier überfielen die Burschen ihr Opfer, raubten es aus und verschwanden. Dem Mädchen wurde für jeden Fall 100 M. versprochen. Die Kriminalpolizei hat jetzt die Gauner ermittelt und festgenommen.

Die Molkereibesitzer fordern höhere Milchpreise. Der Verband der Molkereibesitzer hat in der Versammlung vom 16. November d. J. die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Milch und eine Erhöhung des Preises von 2 auf 3 M. für das Liter verlangt. Der zur Sitzung eingeladene Vertreter des Milchamts konnte hierzu nicht Stellung nehmen, denn er wurde überschrieen, gröblich beschimpft und sogar körperlich mißhandelt. Durch diese ganz unerhörte und empörende Verletzung des Gastrechts hat der Verband der Molkereibesitzer ein Zusammenarbeiten mit dem Milchamt in Frage gestellt. Die Forderung auf Aufhebung der Zwangswirtschaft für die Milch und auf Freigabe eines Teils der ermolkenen Milch richtet sich von selbst in einer Zeit, in der die Kinder bis zu 6 Jahren ihre gesetzlichen Portionen nicht im entferntesten erhalten können, sondern sich zum großen Teil mit einer Tagesportion von ¼ Liter begnügen müssen, während die Kranken zumeist überhaupt nicht mit Frischmilch beliefert werden können, sondern sich mit kondensierter Milch zufrieden geben müssen. Wenn die Berliner Kuhhalter unter Führung der Spandauer Molker in einer solchen Zeit die Beseitigung der Zwangswirtschaft für Milch und insbesondere die Freigabe eines Teils der Milch verlangen, so zeigen sie damit jedem Einsichtigen, daß ihnen das erforderliche Verständnis für das Wohl und Wehe der Bevölkerung und für die Versorgung der Kinder und Kranken abgeht. In der Prüfung, ob der heutige Milchpreis eine Erhöhung erfahren muß, wird sich das Milchamt durch die übermäßige Forderung der Molker nicht beeinflussen lassen. Gegen Molker, die der Resolution entsprechend Milch frei verkaufen oder den Höchstpreis überschreiten, wird mit allen Mitteln und ohne Rücksicht vorgegangen werden. Und das mit Recht.

Zur Wermuthhetze. Der Stadtrat Löhning, der in einer Versammlung der deutsch-demokratischen Partei über den Elektrizitätsstreik und seine Lehren referierte, hat an den Oberbürgermeister Wermuth ein Schreiben gerichtet, in dem er zum Ausdruck bringt, daß die Fassung des Berichts ungenau und unvollständig sei, und daß es ihm ein Bedürfnis sei, zu erklären, daß ihm jeder persönliche Angriff gegen den Oberbürgermeister ferngelegen habe. Stadtrat Löhning nimmt zur Zeit dienstlich an den Beratungen des deutschen Städtetages teil.

Diese Erklärung ändert nichts an der Wirkung, die Herr Löhning mit hat auslösen helfen.

Ueber die weltliche Schule referierte am Dienstag Lehrer Hädicke in einer von den Elternbeiräten der S. P. D. und U. S. P. D. einberufenen überfüllten Versammlung im Nationalhof in der Bülowstraße. In der Aussprache traten zunächst die Pfarrer der Luthergemeinde den Ausführungen des Referenten bezüglich des Religionsunterrichts entgegen, während der orthodoxe Pfarrer Hecker mutig schwieg und die Auseinandersetzung mit den Arbeitern seinen liberalen Kollegen überließ. Genosse Kuchenbecker rechnete scharf mit den Vertretern der Kirche ab. Wir können unsre Kinder auch ohne Religionsunterricht zu brauchbaren und ehrlichen Menschen erziehen. Auch andere Redner bewiesen den unseren Organisationen fernstehenden Eltern, gegenüber den Versuchen einiger christlich-national Gesinnten, den schädlichen Einfluß der Kirche auf die Kindererziehung. Im Schlußwort forderte der Referent die Eltern nochmals auf, mit uns den Kampf um die weltliche Schule zu beginnen und ihre Kinder aus dem Religionsunterricht der jetzigen Schule zu entfernen. Die Elternbeiräte erhielten zahlreiche Meldungen von dazu bereiten Eltern und können somit einen guten Erfolg der Versammlung verzeichnen.

Explosionsunglück in der Blücherstraße. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich gestern mittag gegen ½1 Uhr in dem Fabrikgebäude Blücherstraße 12. Dort befindet sich im Erdgeschoß die große Waffen- und Munitionshandlung von Kappes. Gestern wurde aus dem Kellergebäude Zeitungsmakulatur hervorgeholt und auf einen bereitstehenden Wagen im Hofe verladen. Plötzlich ertönte eine furchtbare Detonation. Der ganze Hof war in dicken Rauch gehüllt, sämtliche Fenster des Fabrikgebäudes sprangen. Die sofort alarmierte Feuerwehr zog aus den Trümmern des Wagens die bis zur Unkenntlichkeit verkohlte Leiche des Kutschers hervor. Zwei weitere Personen, die beim Aufladen geholfen hatten, wurden in schwerverletztem Zustande in die Charité geschafft. Es wurde festgestellt, daß sich in einem der Papiersäcke eine große Anzahl von Zündkapseln und Zündhütchen befand, die durch Reibung und Erschütterung explodierten.

Hunger

82]

Roman von Knut Hamsun.

Plötzlich bleibe ich stehen und starre auf die Droschken. Die Kutscher gehen schwatzend umher, die Pferde stehen in dem garstigen Wetter vornübergebeugt da. Komm! sagte ich und gab mir einen Puff mit dem Ellbogen. Schnell ging ich an den ersten Wagen und stieg ein. Ullevoldsvej Nr. 37! rief ich. Wir rollten davon.

Unterwegs begann der Kutscher sich umzusehen, sich niederzubeugen und in den Wagen zu blicken, wo ich unter dem Verdeck saß. War er mißtrauisch geworden? Kein Zweifel, mein schlechter Anzug hatte ihn aufmerksam gemacht.

„Ich muß einen Herrn treffen!“ rief ich ihm zu, um ihm zuvor zu kommen, und dann erklärte ich ihm eindringlich, daß ich diesen Mann absolut treffen müsse.

Wir halten vor Nr. 37, ich springe hinaus, die Treppe hinauf, bis in die dritte Etage, fasse einen Glockenzug und läute; die Glocke machte drinnen sechs, sieben fürchterliche Schläge.

Ein Mädchen schließt auf; ich bemerke, daß sie Goldboutons in den Ohren hat und schwarze Lastingknöpfe an der grauen Kleidertaille. Sie sieht mich erschrocken an.

Ich frage nach Kierulf, Joachim Kierulf, wenn ich mich so ausdrücken dürfe, ein Wollhändler, kurz und gut, er sei gar nicht zu verwechseln ...

Das Mädchen schüttelt den Kopf.

„Hier wohnt kein Kierulf“, sagt sie.

Sie starrt mich an, faßt nach der Türklinke, bereit, sich zurückzuziehen. Sie gab sich nicht die geringste Mühe, den Mann ausfindig zu machen; sie sah wirklich aus, als ob sie die Person kenne, nach der ich fragte, wenn sie nur ein bißchen hätte nachdenken wollen, das faule Geschöpf. Ich wurde böse, drehte ihr den Rücken zu und lief die Treppen wieder hinunter.

„Er war nicht da!“ rief ich dem Kutscher zu.

„Nicht da?“

„Nein. Fahren Sie Tomtegaden Nr. 11.“

Ich war in der heftigsten Gemütsbewegung und steckte den Kutscher damit an; er glaubte sicher, daß es das Leben gelte und fuhr ohne weiteres davon. Er hieb tüchtig darauf los.

„Wie heißt der Mann?“ fragte er und drehte sich auf dem Bock um.

„Kierulf, Wollhändler Kierulf.“

Und der Kutscher meinte auch, daß der Mann nicht zu verwechseln sei. Ob er nicht einen hellen Rock zu tragen pflege?

„Was?“ rief ich, „hellen Rock? Sie sind wohl verrückt? Glauben Sie etwa, daß ich nach einer Teetasse frage?“ Dieser helle Rock kam mir sehr ungelegen, verdarb mir den ganzen Mann, so wie ich ihn mir gedacht hatte.

„Wie sagten Sie, daß er hieß? Kierulf?“

„Gewiß, ist das so wunderlich?“ Der Name schändet niemand.

„Hat er nicht rotes Haar?“

Es konnte wohl sein, daß er rotes Haar hatte, und als der Kutscher dessen erwähnte, war ich mit einemmal sicher, daß er Recht habe. Ich war dem armen Fuhrmann förmlich dankbar und sagte ihm, daß er den Mann richtig getroffen habe; es verhalte sich wirklich, wie er sage; es wäre eine Seltenheit gewesen, solch einen Mann ohne rotes Haar zu sehen.

„Das muß der sein, den ich ein paarmal gefahren habe“, sagte der Kutscher. „Hatte er nicht einen Knotenstock?“

Jetzt sah ich den Mann lebendig vor mir und sagte:

„Ha, ha, den Mann hat wohl noch niemand ohne Knotenstock in der Hand gesehen. In der Beziehung können Sie beruhigt sein, ganz beruhigt.“

Ja, es war klar, das war derselbe Mann, den er gefahren hatte. Er kannte ihn wieder ...

Und wir fuhren weiter, daß die Funken stoben.

Während dieses ganzen erregten Zustandes hatte ich nicht einen Augenblick die Geistesgegenwart verloren. Wir kommen an einem Polizeidiener vorüber, und ich bemerke, daß er die Nummer 69 hat. Diese Zahl trifft mich so grausam genau, sie sitzt plötzlich wie ein Splitter in meinem Gehirn. 69, genau 69, die würde ich nicht wieder vergessen, die 69!

Ich lehnte mich in den Wagen zurück, eine Beute der wahnsinnigsten Einfälle, kroch unter dem Verdeck zusammen, damit niemand sähe, daß ich den Mund bewegte, und begann dann wie blödsinnig mit mir selbst zu reden. Der Wahnsinn rast in meinem Hirn, und ich lasse ihn rasen, ich bin so fest davon überzeugt, daß ich Einflüssen unterliege, über die ich nicht Herr bin. Ich fing an zu lachen, leise und leidenschaftlich, ohne Spur von Grund, noch immer lustig und berauscht von den paar Gläsern Bier, die ich getrunken hatte. Nach und nach läßt meine Erregung nach, meine Ruhe kehrt allmählich wieder. Ich spürte Kälte in meinem verwundeten Finger und ich steckte ihn zwischen Hals und Hemdkragen, um ihn ein wenig zu erwärmen. So kommen wir nach Tomtegaden. Der Kutscher hält an. Ich steige aus, ohne Hast, gedankenlos, schlaff, mit schwererem Kopf. Ich trete in die Haustür, komme in einen Hinterhof, gehe quer hindurch, stoße an eine Tür, öffne sie, trete ein und befinde mich in einem Gang, eine Art Vorzimmer mit zwei Fenstern. In der einen Ecke stehen zwei Koffer, einer auf dem andern, und an der Längswand eine alte, ungestrichene Schlafbank, auf der eine Decke liegt. Rechts, im nächsten Zimmer, höre ich Kindergeschrei, und über mir in der zweiten Etage das Geräusch einer Eisenplatte, auf der gehämmert wird. Alles dies nehme ich in dem Augenblick wahr, wo ich eintrete.

Ich gehe ruhig durch das Vorzimmer, an die gegenüberliegende Tür, ohne mich zu beeilen, ohne einen Gedanken an Flucht, öffne auch diese und komme hinaus in die Vognmandsgade. Ich blicke an dem Hause empor, durch das ich soeben gekommen: Wirtschaft und Logis für Reisende.

Es fällt mir nicht ein, fortlaufen, mich von dem Kutscher fortschleichen zu wollen, der auf mich wartet; ich gehe ganz gelassen durch die Vognmandsgade, ohne Furcht, ohne mir eines Unrechts bewußt zu sein. Kierulf, dieser Wollhändler, der so lange in meinem Hirn gespukt hatte, dieser Mensch, von dem ich meinte, er müsse existieren, den ich notwendig treffen mußte — er war aus meinen Gedanken geschwunden, ausgelöscht samt anderen wahnsinnigen Einfällen, die nacheinander kamen und gingen; ich gedachte seiner nur noch wie einer Ahnung, einer Erinnerung.

Je weiter ich ging, desto nüchterner wurde ich; ich fühlte mich schwer und matt und schleppte die Beine nach. Der Schnee fiel noch immer in großen, nassen Fetzen. Schließlich kam ich hinaus nach Grönland, bis an die Kirche, wo ich mich auf eine Bank setzte, um auszuruhen. Alle Vorübergehenden betrachteten mich verwundert. Ich versank in Nachdenken.

Du guter Gott, wie traurig war es jetzt um mich bestellt! Ich war meines elenden Lebens so herzlich müde und satt, daß ich es nicht der Mühe wert hielt, noch länger zu kämpfen, um es mir zu erhalten. Das Mißgeschick hatte überhand genommen, es war zu grob gekommen; ich war so sichtlich zugrunde gerichtet war nur noch ein Schatten dessen, was ich einst gewesen. Meine Schultern waren eingesunken, ganz nach einer Seite hin, und ich hatte die Gewohnheit angenommen, mich vornüberzubeugen, wenn ich ging, um meine Brust so viel wie möglich zu schonen. Vor ein paar Tagen um die Mittagszeit hatte ich meinen Körper oben auf meinem Zimmer untersucht, und während der ganzen Zeit mußte ich über ihn weinen. Während vieler Wochen hatte ich dasselbe Hemd getragen; es war ganz steif von altem Schweiß und hatte mir den Leib wund gerieben; aus der Wunde sickerte ein blutiges Wasser, aber es schmerzte nicht sehr; es war nur so jämmerlich, diese Wunde mitten auf dem Bauch zu haben. Ich wußte mir keinen Rat damit, es wollte nicht von selbst heilen; ich wusch es, trocknete es sorgsam ab und zog dasselbe Hemd wieder drüber. Es war nichts dabei zu machen ...

Forts. folgt.

Im Leichenschauhause erschossen hat sich gestern nachmittag ein junger Mann von etwa 20 bis 25 Jahren, dessen Persönlichkeit noch festgestellt werden muß. Er hatte eine Kraftdroschke genommen zu einer Fahrt, die ihn nach der Luisen- und Hannoverschen Straße führte. In der Nähe des Schauhauses erschoß er sich im Wagen. Der Führer, der den Knall hörte, fand seinen Fahrgast schon tot auf und brachte die Leiche gleich nach dem Schauhause. Der Unbekannte ist 1,79 Meter groß, hat auffallend langes, dunkelblondes Haar und ein längliches, blasses Gesicht und trug einen dunkelgrauen Hut mit schwarzem Band, einen schwarzen Ueberzieher mit Pelzkragen, ein graues Jackett und ebensolche Weste, eine graue Hose, schwarze Schnürschuhe, einen graublau gestreiften Schal und eine schwarzweiß gestreifte Krawatte.

Die bevorstehenden Kirchenwahlen scheinen sehr lebhaft werden zu sollen. Von den verschiedenen kirchlichen Richtungen wird rege Propaganda für die Eintragung in die Kirchenwählerlisten gemacht, die heute geschlossen werden sollen. Leider gibt es noch sehr viele Leute, die zwar an der Kirche keinerlei Interesse nehmen, aber an einen Austritt nicht denken und so die Kirche stärken helfen.

Luftpostverbindung zum Industriegebiet. Das täglich Berlin um 10 Uhr vormittags verlassende Flugzeug der Deutschen Luft-Reederei nach dem Industriegebiet wird von jetzt ab regelmäßig auf dem Hinflug auch in Braunschweig Zwischenlandung vornehmen, um dort Passagiere und Post abzusetzen und aufzunehmen. Der Rückflug von Essen nach Berlin ist bisher durchschnittlich in der äußerst kurzen Zeit von 2¾ Stunden zurückgelegt worden, normale Eisenbahnfahrt 10 Stunden. An die Endstation Essen-Gelsenkirchen sind durch Post-Motorradfahrer folgende Industriestädte angeschlossen: Duisburg, Mülheim, Ruhrort, Meiderich, Oberhausen, Bochum.

Das geheimnisvolle Verschwinden des stud. jur. D. B . . . n beschäftigt gegenwärtig die Berliner Vermißtenzentrale. Der Gemütskranke ist am 10. d. M. spurlos verschwunden. Am 12. erkundigten sich bei dem verzweifelten Bruder des Verschollenen zwei Damen im Schuhmacherladen von Schneider, Berlin S. 53, Koßstraße 19. Diese Damen, sowie alle anderen mit zweckdienlichen Angaben werden inständig gebeten, sich im erwähnten Laden gegen hohe Belohnung zu melden. Der Vermißte ist 26 Jahre alt, 1,67 groß, schwächlich und blaß, schwarzes dichtes Haar, dunkle Augen, ist gebückter Haltung. Trägt schwarzen, leichten Paletot, dunklen blauen Anzug.

Zusammenschluß der gewesenen politischen Gefangenen und Inhaftierten. Die gewesenen politischen Gefangenen und Inhaftierten treffen sich Sonntag, den 21. November, vormittags 10 Uhr, Monteuffelstr. 72. Genossen, denen ihre Unterstützungsanträge noch nicht zugegangen sind, wollen sich dieselben dann abholen.

Der Arbeitergesang wird in den großen Arbeitergesangvereinen, zu denen sich glücklicherweise die Gesangvereine entwickelt haben, mit gutem Erfolg gepflegt. Es gibt zwar Leute, die da meinen, daß nur der Massengesang allein genüge. Diese Meinung ist falsch. Wie weit die Pflege des Arbeitergesangs gedeihen kann, bewies der Berliner Sängerchor bei seinem am Bußtag in Happoldts Brauerei stattgehabten Herbstkonzert. Der Chor hat seine Lücken längst wieder gefüllt und war stimmlich vollkommen auf der Höhe dank seines tüchtigen Dirigenten. Zum ersten Male brachte der Chor Thaletta von Hauser zu Gehör. Seinen Gästen bot der Verein einen besonderen Genuß durch das Engagements des Bläserquintetts der Staatsoper. Das Publikum war äußerst dankbar und kargte nicht mit Beifall.

Bezirksverordnete, Stadtverordnete des 3. Bezirks (Wedding). Sonnabend 6 Uhr in der Schule, Pankstraße 47, Zimmer 11, 1 Tr., Fraktionssitzung. Die Obleute der kommunalen Kommission sind eingeladen.

Bezirk Schöneberg-Friedenau. Montag abend 7 Uhr im Neuen Rathaus, Zimmer 114, Sitzung der Bezirks- und Stadtverordneten mit den kommunalen Kommissionen und der Geschäftsleitung.

Im Konzertsaal Happolt (Hasenheide 37) veranstaltet der Gesangverein „Kreuzberger Harmonie" am Totensonntag sein Herbstkonzert. Der Besuch des Konzerts kann nur empfohlen werden.

Aus den Organisationen

Erklärung!

Durch Plakate wird die Berliner Jugend zu einer am 21. November im Lehrervereinshaus am Alexanderplatz einberufenen Versammlung eingeladen, die sich mit den Vorgängen in der Erziehungsanstalt Lindenhof beschäftigen soll. Bei der Unterschrift dieser Plakate steht auch die Jugendsektion des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes verzeichnet. Wir erklären hiermit, daß wir mit der Einberufung und der Unterschrift zu dieser Versammlung nichts zu tun haben, und unser Einverständnis zu dieser Unterschrift auch nicht bei uns eingeholt worden ist.

Gegen die Vergewaltigung der Jugend sind auch wir, aber nicht im Verein mit einigen Gruppen, die den Aufruf unterzeichnet haben.

Die Jugendkommission des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

---

1. Distrikt. 1. und 2. Abt. Extrazahlabend am Sonnabend, den 20. November, abends 7 Uhr, bei Hagen, Stralauer Brücke 8. — 3. und 4. Abt. Sonnabend Extrazahlabend bei Sörin, Puttkamer Str. 9.

2. Distrikt. Montag, den 22. November, pünktlich ½8 Uhr, Generalversammlung (Crispien-Ledebour), Habels Brauerei, Bergmannstraße. Ausweis mitbringen. Der Saal ist geheizt.

5. Distrikt. Sonntag vormittag 10 Uhr Sitzung der Bildungskommission bei Schwelfsrecht.

6. Distrikt. Montag, den 22. November, abends 7½ Uhr, Frauenleseabend bei Grohmann, Weberstr. 24. Vortrag der Genossin Berndt: „Die Arbeit der Frauen in der neuen Stadtgemeinde". — Montag abend 7½ Uhr bei Gellep, Barnimstr. 20, Vorstandssitzung.

7. Distrikt. Bildungskommission. Montag, 22. November, abends 7 Uhr, Sitzung bei Kessling, Kopernikusstr. 23.

12. Distrikt. Alle Genossen und Genossinnen treffen sich Sonntag früh 9 Uhr in den Zahlabendlokalen zur Flugblattverteilung.

13. Distrikt. Extrazahlabend in allen Bezirken am Sonnabend abend 8 Uhr.

14. Distrikt. Genossen, die der Richtung Crispien-Ledebour angehören und nicht wissen, wo ihr Zahlabend stattfindet, melden sich: 1. Abt. bei Adolf Kolberg, Bernauer Str. 4, 2. Abt. bei Paul Kessling, Kopenhagener Str. 11; 3. Abt. bei Frantz, Schwedter Str. 38.

16. Distrikt. Die Genossen müssen sich am Sonntag an der Parteiarbeit beteiligen.

14., 15. Distrikt und Charlottenburg. Bildungskommission. Gemeinsame kurze Besprechung wichtiger Punkte am Mittwoch abend 7 Uhr pünktlich bei Kaiser, Gotzkowskystr. 34.

17. Distrikt. Sonntag 9 Uhr vorm. Flugblattverbreitung von den Zahlabendlokalen aus.

17. Distrikt, 5. Abteilung. Alle Genossen und Genossinnen, die auf dem Boden der U. S. P. D. (Crispien-Ledebour) stehen und in ihren Bezirken noch nicht erfaßt worden sind, wollen sich bei den Genossen Otto Hall, Müllerstr. 30 b, v. 3 Tr., und R. Lechner, Kameruner Str. 11, melden. — 1. Abt. bei den Genossen Josef Kahl, Schulstr. 35-36, und Paul Kroll, Utrechter Str. 21. — 2. Abt. bei den Genossen Karl Henkel, Antwerpener Str. 8, Gartenhaus 1 Tr., und Max Janicke, Fehmarnstr. 3, Quergebäude part.

18. Distrikt. Elternbeiräte. Sonnabend abend 7 Uhr bei Schulhardt, Charlottenburg. Bildungskommission. Mittwoch abend 7 Uhr gemeinsame Sitzung mit dem 14. und 15. Distrikt bei Kaiser, Gotzkowskystr. 34. Christianiastr. 116 a, Sitzung der Obleute. Jede Schule muß vertreten sein.

U. S. P. D.-Gastwirtsgehilfen. Der Referenten- und Rednerkursus findet am Donnerstag vormittag 10 Uhr Weinbergsweg 20, bei Seibold, statt.

Neukölln. Die Kassierer sämtlicher Bezirke, mit Ausnahme des 1., 6., 8., 9., 16., 17., 18. und 21., wollen sich heute nachmittag zwischen 4 bis 7 Uhr Münchener Straße 141 bei Stehmann melden.

Schöneberg-Friedenau. Sonnabend, den 20. November, abends 7½ Uhr, Zahlabend des 8. Bezirks.

Vereinskalender

Schöneberg-Friedenau. Arbeitsgemeinschaft soz. Elternbeiräte. Montag, den 22. November, abends 7 Uhr, Sitzung bei Blame, Fritz-Reuter-, Ecke Maxstraße.

Deutscher Hutarbeiter-Verband. Allgemeine Mitgliederversammlung Montag nachmittags 5½ Uhr, Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4. Tagesordnung: 1. Unsere Verschmelzung mit dem Schuhbeverband; 2. Paritätischer Arbeitsnachweis; 3. Diskussion und Verschiedenes. Der Vorstand.

Turnverein „Fichte". Sonntag Jahresversammlung des Vereins in der Aula des Sophien-Lyzeums, Weinmeisterstr. 16-17, morgens punkt 9 Uhr.

Adlershof. Für alle freidenkenden Eltern findet am Sonnabend, den 20. November, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Radickestraße, ein Vortrag des Herrn Pastor Hermann Ohr statt. Das Thema lautet: „Wie erziehen wir unsere Kinder in der freien Religion?" Herr Pastor Ohr war früher Pastor, suchte damals ihn seine Wahrheitsliebe, mit der Kirche zu brechen. Nach dem Vortrag können Freunde und Gegner zu Worte kommen. Zur Deckung der Unkosten werden 50 Pfg. Eintrittsgeld erhoben.

Buchdrucker (Crispien-Ledebour). Die für Sonnabend anberaumte Sitzung findet um 7 Uhr bei Baum, Stallschreiberstr. 47, statt.

Arbeitslosenzug

Ansprache Lenins auf dem Uritzkyplatz in Petersburg

(zwei ganzseitige Bilder)

in der neuen Nummer der

„FREIEN WELT"

Heft 60 Pfg., überall zu haben!

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Komeriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Soeben erschienen:

Rosa Luxemburg, Briefe aus dem Gefängnis

mit Bild und Faksimile Mk. 6.50

Die erwachsene Führerin des Proletariats, gehaßt und verleumdet von den Feinden der Arbeiterklasse als die blutige Rosa, erscheint vor uns in diesen Briefen in ihrer ganzen umfassenden Menschlichkeit. In keiner Arbeiterfamilie, in keiner Bibliothek darf dieses wertvolle Buch fehlen. Bestellungen sind zu richten an:

Verlag Junge Garde, Berlin C 2, Stralauer Str. 12

Aller Art **Pistolen** aller Art

Mauser Cal. 7,65, Walther, Dreyse, Browning etc., kauft und tauscht

Walter Diefke

Waffen- u. Munitionswerkstätten, Berlin, Kommandantenstraße 38.

Kupfer, Rotguß, Messing, Blei,

Zink, Quecksilber kauft höchstzahlend

Lothringer Str. 48. Hof

Bernauer Str. 69

Bedeutende Preisherabsetzung

trotz der bisherigen billigen Preise

Ulster, Raglans, Schlüpfer in bekannt guter Qualität und Verarbeitung	früher M.	1400	1200	1000	900	800	600	550
	jetzt M.	1100	950	750	650	550	425	300
Paletots Marengo, schwarz und blau aus Cheviot, Ulstoffe und Ratiné	früher M.	1200	1000	900	800	700	600	
	jetzt M.	950	800	700	600	500	400	

Knaben- und Jünglings-Ulster sind ebenfalls entsprechend im Preise herabgesetzt

Hosen größtenteils „unter Anschaffungspreis" M. 315 290 265 225 215 200 175 150 125 90 **65** Außerdem empfehlen wir als ganz besonders billig:

Bozener Mäntel . . . . von M. **170** an — **Winter-Joppen** . . . . von M. **150** an

Sport-Pelze gute Stoffe u. Pelze v. M. **1500** an — **Gehpelze** gute Bezüge u. gute Pelze v. M. **3000** an

Mäntel mit Pelzkragen und dickem, warmem Futter nur M. 700

Nur eine Verkaufsstelle — **BaerSohn** — Keine Filialen mehr

Nur **Chaussee-Straße 29-30** Nur

Möbel auf Bar oder Kredit

zu den billigsten Preisen und leichtesten Bedingungen. — Liefere auch auswärts.

Möbel-Groß

Große Frankfurter Straße 141

Invalidenstr. 5, Eingang Ackerstr.

Für 1 Mk. 2 prakt. Artikel

für jeden Haushalt verwendbar. Einsendung in Briefmarken ohne weitere Spesen. Ein Versuch führt zu dauernder Nachbestellung. Zahlreiche Anerkennungen. Nur durch **Vila-Vertrieb, Abt. F.**

Schmidstr. 22 Berlin SO. 16 Schmidstr. 22

Dynamodraht

in Baumwolle, Seide und Emaille kauft jeden Posten

Elektrobüro, Grüner Weg 100.

Bombenpreise

für sämtliche

! Altmetalle !

Zinn, Weisslager

Quecksilber

erzielen Sie stets

Neukölln

Steinmetzstraße 18

Kirchhofstraße 32

Berlin, Schmidstraße 14

Die

Kreuzer-Sonate

von Leo Tolstoi

144 Seiten Mk. 1.80

Buchhandlung „Freiheit"

Breite Str. 8-9

Achtung, Brautleute!

1 Dukaten-Trauring

900	gestempelt	150	Mk.	an
585	„	105	„	„
333	„	65	„	„

inkl. Luxussteuer.

Jeder Ring ist tagenlos aus massivem Golde hergestellt bei voller Garantie für Feingehalt! Jede Größe am Lager.

G. Alb. Thal

Erstes Berliner Spezialgeschäft für Trauringe.

C 19, Seydelstraße 5

(Spittelmarkt).

Eigene Fabrikation.

Altmetalle

Kupfer, Messing, Lagermetalle usw., Eisen kauft höchstzahl. Metallschmelze

Stallschreiber-Str. 55

Hof, Keller, kein Laden

Kupfer Messing

Blei, Zinn, Zink, Quecksilber,

alle Altmetalle kaufen

Prenzlauer Straße 24

Waldstraße 3

Gubener Straße 50

Bahnstraße 49, Schöneberg

Thaliner Str. 85a, Ecke Lausitzer Platz

Ramlerstraße 10

Die

Neuköllner Metall-Einkaufs-Zentrale

Kottbuser Damm 66, am Hermannplatz, kauft

Kupfer, Messing, Blei, Zink.

MÖBEL billiger!

gegen bar u. auf bequeme

Teilzahlung

zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Komplette

Wohnungs-Einrichtungen

und Einzelmöbel

Gebrauchte Möbel können

lieferbar u. lagern

Gebr.

Kassner

Bülowstraße 6 am Nollendorfplatz.

Pelzwaren

aller Art

jetzt sehr billig!

Kreuzfüchse . v. 250 M. an

Iltis . . . . . v. 200 M. an

Alaskafüchse v. 195 M. an

Große Auswahl in sonstigen Pelzwaren. — Reparaturen innerhalb 8 Tagen

Poczter, Kürschnermstr.

Kottbuser Damm 15

— Nr. und Firma achten! —

Möbel

Bar- oder

Teilzahlung

b. kleinst. An- u. Abzahlung zu bedeut. herabgesetzt. Preis.

Wohnzimmer

Schlafzimmer

Speisezimmer

Herrenzimmer

Farbige Küchen

Einzelne Möbel

Liefere auch n. auswärts

Lagerung kostenlos

Möbel-Cohn

Gr. Frankfurter Str. 38

[illegible]

Filiale: Badstr. 47-48,

[illegible]

Metalle! Preiserhöhung!

Zinn! Lötzinn!

Weißmetall, Blei, Kupfer! Messing! Zink! Aluminium! Nickel! Stanniolpapier! Quecksilber! Glühstrumpfasche b. 150! Salpetersaures Silber!

Zahngebisse, Zahn bis 100.—!

Goldbruch! Silberbruch! Platinabfälle! Kauft zu Tagespreisen Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31

Altmetall

wie Kupfer, Rotguß, Blei, Messing, Zinn, Weißmetall usw. kauft zu Tagespreisen

Wiemer, Pascalstr. 3

2. Helmholtzstr. 11 !

beides an der Gotzkowskybrücke

Besonders für Händler und Fabriken.

Achtung. Felle

aller Art kauft zu höchsten Tagespreisen

Reibscheid & Schön,

Gerichtstraße 41.

Für Ziegen bis 100 Mk.

Spesen werden extra vergütet.

Kupfer, Messing

Blei, Zink, Zinn, kauft

Oderbergerstr. 1

Ecke Schönhauser Allee

Ab 100 M. 3 M. Fahrgeld

Metall-Verwertung

kauft sämtliche

Altmetalle

zu riesigen Preisen

Weißenburger Str. 11

Strausberger Str. 24

Köpenicker Str. 121a

Reinickendorfer Str. 107

Oderberger Str. 31,

an der Bernauer Str.

Elsasser Str. 10, vorn 1 Treppe

Lothringer Str. 47, v. 1. Keller.

Zinn u. Blei

zum Selbstverbrauch

daher höchste Preise speziell für Händler

[illegible]

Alexander 3983

Große Frankfurter Straße 118

[illegible]

Kupfer

Messing, Zinn usw.

Quecksilber, Zahngebisse

Platin-, Gold-, Silberbruch

weit über Tagespreis

Brunnenstr. 11

Beusselstr. 29

Fennstr. 48

Weidenweg 72

Kupfer usw.

erhöhte Preise

Grüner Weg 43

nahe Koppenstraße

Anzüge, Ulster

Paletots, Cutaways, Hosen, Alaska- und Kreuzfüchse, Muffen (Keine Lombardware)

Verkauf zu enorm billigen Preisen.

Leihhaus Friedrichstr. Nr. 2

Jedermann kann sich überzeugen, daß ich trotz Verlockungen f. sämtl.

Altmetalle

die höchsten Preise zahle.

Altmetallhandlung

[illegible]

Meyers Konversationslexikon, 6. (letzte) Auflage in 24 Halbfranzbänden verkauft Buchhandlung „Freiheit".

FREIE WELT

Heft 44

„Es brennt . . . ." Die moderne Einrichtung der Feuerwehr in Neukölln.

Die Kartenspieler. Gemälde von Paul Cézanne.

Die Arbeit der Maschine in der Zigaretten-Industrie und im Maurergewerbe.

Gasmasken für Arbeiter.

Preis 60 Pf.

Ueberall zu haben.

FREIHEIT-DRUCKEREI

GMBH. BREITESTR. 8-9

Herstellung von Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren / Kataloge

Spez. Massenauflagen

Flugblätter / Prospekte

Kostenanschläge u. Entwürfe jederzeit

TELEFON: ZENTRUM 2020, 2045, 4516, 4603

Hans Baumann

la Zigarren

wirkl. gute Qualität 50 bis 90 Pfennig

Rauchtabake

rein Uebersee 50 gr. 2.20 bis 3.20

Marken-Zigaretten

[illegible]

Potsdam

Lindenstr. 15

Möbel

gegen bar u. Teilzahlung herabgesetzte Preise

[illegible]

Landwehr,

Müllerstr. 7 (Wedding)

Straßenhändler

Hausierer, Markthändler

Höchstverdienst. Neueste Schlager. Otto Vertrieb, Berlin, Schmid-Straße 22

Erwerbstätige Frauen! Verlangt den Aufruf von Luise Zietz, „Willst du arm und unfrei bleiben?" (30 Pfg.), gegen Einsendung von 40 Pfg. von der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Riesigen Verdienst

erzielen redegewandte Herren u. Damen ohne Vorkenntnisse überall. Adr. erb. an Otto Vertrieb Berlin, Schmidstr. 22

Speditionsverlegung der „FREIHEIT".

Die „Freiheit"-Ausgabestelle Wilmersdf., Hindenburgstr. 24, ist verlegt zu Genossen Resch, Berliner Straße 53, vorn 1 Tr. Daselbst werden auch Botenfrauen angenommen.

Unsere „Freiheit"-Ausgabestelle für Tegel hat Gen. Eicke, Bahnhofstr. 18, Stflg., übernommen. // Der Verlag.